



Ökonomische Ressourcen älterer Menschen

Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte
einer Förderung der Seniorenwirtschaft
in Nordrhein-Westfalen

Economic resources of senior citizens

Regional economic and fiscal effects of
promoting the senior citizens economy
in North Rhine-Westphalia (NRW)

Les ressources économiques des seniors

Aspects économiques régionaux et fiscaux du
développement du marché des seniors en
Rhénanie-du-Nord-Westphalie (NRW)



Inhaltsverzeichnis

1.	Hintergrund der Studie.....	8
2.	Status Quo bei Einkommen und Konsum von Senioren	11
2.1	Einkommen und Sparverhalten der Senioren.....	12
2.2	Konsumverhalten der Senioren	15
3.	Empirischer Rahmen.....	17
3.1	Das regional-ökonometrische Modell.....	17
3.2	Fiskalische Auswirkungen regionalwirtschaftlicher Entwicklungen	20
4.	Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen alternativer Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW	21
4.1	Basisszenario: Regionalwirtschaftliche und demographische Entwicklung in NRW ohne Einflussnahme auf die Seniorenwirtschaft	24
4.2	Zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre.....	25
4.3	Erhöhung der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen	28
4.4	Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW	30
4.5	Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW- Produkte	32
4.6	Reduktion der Sparquote der Senioren	34
4.7	Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW.....	38
4.8	Verknüpfung der Handlungsoptionen zu einer umfassenden Förderstrategie	41
5.	Ergebnisse und Schlussfolgerungen.....	44
	Literatur	48

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Tabelle 1	Konsumausgaben der Senioren in NRW	16
Tabelle 2	Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen alternativer Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW im Jahr 2010	47
Schaubild 1	Ziel ist die Abschätzung der Effekte auf NRW durch Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft.....	10
Schaubild 2	Mit Hilfe des regionalen Strukturmodells für NRW werden Szenarien berechnet	11
Schaubild 3	Senioren sind stark in das Wirtschaftsgeschehen integriert.....	12
Schaubild 4	Höheres Einkommen korreliert statistisch signifikant mit höherer Sparquote.....	13
Schaubild 5	Schenken und vererben an Junioren führen zu Steuereinnahmen bei Junioren	14
Schaubild 6	Einnahmen von Senioren verteilen sich auf vier Kategorien....	15
Schaubild 7	Ausgewählte Sektoren werden genauer betrachtet	16
Schaubild 8	Die Gesundheitsausgaben steigen mit dem Alter rapide an.....	17
Schaubild 9	Das regionale Strukturmodell berücksichtigt die wichtigsten Determinanten der regionalen Wirtschaft.....	18
Schaubild 10	... und deckt 30 Wirtschaftssektoren ab	18
Schaubild 11	Mit Hilfe des Outputs des regionalen Strukturmodells können die gewünschten Zielgrößen berechnet werden	20
Schaubild 12	Vertikaler Finanzausgleich: Die Steuereinnahmen verteilen sich auf Bund, Länder und Gemeinden.....	21
Schaubild 13	Die berechneten Effekte eines Szenarios sind stets als Differenz zur Basisentwicklung zu verstehen.....	23
Schaubild 14	Sieben Szenarien werden quantitativ untersucht	23
Schaubild 15	Das Basisszenario berücksichtigt bereits den demografischen Wandel und NRW-Spezifika.....	24
Schaubild 16	Das Basisszenario bildet auch bereits die Entwicklung des Pflegebereichs ab.....	25

Schaubild 17	Anteil Minijobber je Altersklasse	26
Schaubild 18	Erhöhung der Kaufkraft von Senioren durch mehr Minijobs ab 60	27
Schaubild 19	S1: Entwicklung der Effekte bis 2015	27
Schaubild 20	Erwerbsquote von Senioren ist relativ gering	28
Schaubild 21	Erhöhung der Erwerbsquote für 55 bis 65 Jährige.....	29
Schaubild 22	S2: Entwicklung der Effekte bis 2015	30
Schaubild 23	Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRWs.....	31
Schaubild 24	S3: Entwicklung der Effekte bis 2015	32
Schaubild 25	Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW Produkte	33
Schaubild 26	S4: Entwicklung der Effekte bis 2015	34
Schaubild 27	Reduktion der Sparquote der Senioren (ohne Auswirkung auf Junioren).....	35
Schaubild 28	S5: Entwicklung der Effekte bis 2015	36
Schaubild 29	Reduktion der Sparquote der Senioren (mit Auswirkung auf Junioren).....	37
Schaubild 30	S6: Entwicklung der Effekte bis 2015	38
Schaubild 31	In den letzten Jahren war der Wegzug von Senioren höher als der Zuzug nach NRW.....	39
Schaubild 32	Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW „NRW als Florida Deutschlands“	40
Schaubild 33	S7: Entwicklung der Effekte bis 2015	40
Schaubild 34	Hoher Gesamteffekt bei kumulativem Szenario	43
Schaubild 35	Kumulativszenario: Entwicklung der Effekte bis 2015	43

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen*

Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Kurzfassung

Angesichts der gesellschaftlichen Alterung ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren, einerseits um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel bei jüngeren Menschen entgegenzuwirken, andererseits um den überforderten Sozialstaat zu entlasten. Bisher fehlt es an Untersuchungen, die die volkswirtschaftlichen Effekte möglicher Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und dadurch die Kosten der Nichtbeachtung dieser ökonomischen Ressourcen aufzeigen. In der vorliegenden Untersuchung werden die Auswirkungen möglicher seniorenwirtschaftlicher Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen geschätzt. Dabei werden die Veränderungen im Vergleich mit der zu erwartenden Entwicklung ohne entsprechende Eingriffe abgebildet. Die Prognose erfolgt mit Hilfe eines regional-ökonomischen Modells. Auf Basis dieser Berechnungen werden die Effekte auf die Beschäftigung, das BIP, die Bevölkerung und auf die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen in NRW geschätzt.

Die untersuchten Handlungsoptionen beziehen sich auf das Erwerbsverhalten und Einkommen der Senioren, die Höhe und Verteilung ihres Konsums und ihr Migrationsverhalten. Sieben Szenarien zeigen anhand von zentralen wirtschaftlichen Kennziffern auf, welche Effekte in Folge ausgewählter Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft im Zeitraum von 2006 bis 2015 zu erwarten sind. Auf Grund der Ergebnisse lässt sich genauer beurteilen, welchen Beitrag ältere Menschen durch ihre Arbeitskraft bzw. als Konsumenten in den nächsten Jahren zusätzlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens leisten könnten. Bei Inwertsetzung dieses Potenzials können die absehbaren Negativwirkungen des Rückgangs der Bevölkerung und der Erwerbspersonenbasis zumindest abgeschwächt werden.

* Die Autoren danken den Herren Rüdiger Budde, Claus Epe, Bernd Fritzsche, Josef Hilbert, Hans Dietrich von Loeffelholz, Hermann Rappen, Christoph M. Schmidt und Markus Scheuer für kritische Anregungen und wertvolle Hinweise.

1. Hintergrund der Studie

Der gesellschaftliche Alterungsprozess wird in der öffentlichen Debatte in erster Linie als Belastung für die Sozial- und Gesundheitssysteme betrachtet. Übersehen wird dabei häufig, dass ältere Menschen auf Grund ihres Einkommens und Vermögens sowie ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten auch eine ökonomische Ressource darstellen. Einerseits hat sich mit der steigenden Lebenserwartung auch der allgemeine Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit älterer Menschen stark verbessert. Andererseits hat die nun älter werdende erste Generation ohne Kriegswirren erhebliches Vermögen aufbauen können.

Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter gehen in ihren Bevölkerungsprognosen davon aus, dass die Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen wird. So wird der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von heute 24 % bis 2020 voraussichtlich auf 28 % und bis 2040 sogar auf etwa ein Drittel ansteigen. Heute kann ein 60-jähriger Mann im Durchschnitt damit rechnen, dass er noch etwa 19 Jahre lebt, Mitte des 21. Jahrhunderts wird ein dann 60-jähriger Mann weitere 23 Lebensjahre erwarten können. Die so genannte „fernere Lebenserwartung“ einer 60-jährigen Frau wird den Annahmen zu Folge sogar von heute 23 auf 28 Jahre ansteigen. Angesichts dieser Prognosen ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren, einerseits um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel bei jüngeren Menschen zu lindern, andererseits um den überforderten Sozialstaat zu entlasten.

Ausgehend von der Überlegung, dass das Altern der Gesellschaft nicht nur mit Belastungen und Risiken verbunden ist, sondern auch mit erheblichen Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, rief das Land NRW im Jahr 1999 die Initiative Seniorenwirtschaft ins Leben und verankerte sie bis 2002 zunächst als Arbeitsgruppe im "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit NRW". Grundlage der Initiative Seniorenwirtschaft bildet das von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FFG) und dem Institut Arbeit und Technik (IAT) gemeinsam verfasste Memorandum "Wirtschaftskraft Alter" (Barkhold et al. 1999). Seit 2002 wird die Landesinitiative Seniorenwirtschaft unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen fortgeführt. Die Initiative verfolgt das Ziel, der wirtschaftlichen Entwicklung in NRW entsprechende Impulse zu geben. Damit verbundene Maßnahmen sollen in zwei Handlungsfeldern gebündelt werden (MGSFF NRW 2003):

- Gesellschaftspolitik: Verstärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstverwirklichung älterer Menschen und

- Wirtschaftspolitik: Mobilisierung der Kaufkraft älterer Menschen und Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Verbesserung des Produkt- und Dienstleistungsangebots für ältere Menschen.

Im Zusammenhang mit Strategien zur Bewältigung der demographischen Alterung wird zunehmend auch darüber diskutiert, die Beteiligung Älterer am Erwerbsleben zu erhöhen (Herfurth, Koli und Zimmermann 2003). Aus NRW-Sicht liegt es nahe, im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung der Seniorenwirtschaft auch die Arbeitskraft der Senioren selbst stärker als ökonomische Ressource zu betrachten. Impulse zur Änderung der bisherigen Trends der Erwerbsbeteiligung Älterer – in den letzten Jahrzehnten gekennzeichnet durch eine sinkende Arbeitsmarktbeteiligung und steigende Verschärfung des Risikos der Arbeitslosigkeit – sind sowohl dem Gesellschafts- als auch dem wirtschaftspolitischen Bereich zuzuordnen.

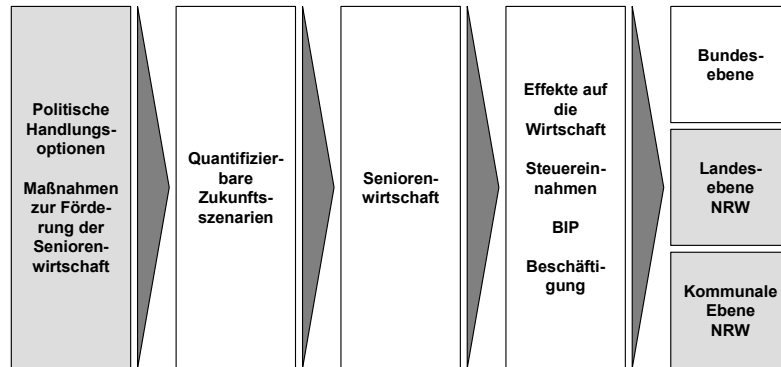
Bisher fehlt es an Untersuchungen, die die volkswirtschaftlichen Effekte möglicher Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und dadurch die Kosten der Nichtbeachtung dieser ökonomischen Ressourcen aufzeigen. In der folgenden Analyse werden daher die Auswirkungen möglicher seniorenwirtschaftlicher Impulse auf

- die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen,
- die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen,
- den regionalen Arbeitsmarkt,
- die verfügbaren Einkommen und
- die Bevölkerungsentwicklung

im Rahmen verschiedener Zukunftsszenarien quantifiziert, die die Effekte politischer Handlungsoptionen im Vergleich zur absehbaren Entwicklung ohne entsprechende Eingriffe abbilden (Schaubild 1). Die Formulierung politischer Handlungsvorschläge wird unter Bezugnahme auf die Ergebnisse vorhandener Studien zur Entwicklung der Seniorenwirtschaft und eigener Auswertungen auf der Basis verschiedener Mikrodatensätze, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), vorgenommen.

Schaubild 1

**ZIEL IST DIE ABSCHÄTZUNG DER EFFEKTE AUF NRW DURCH
MAßNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER SENIORENWIRTSCHAFT**



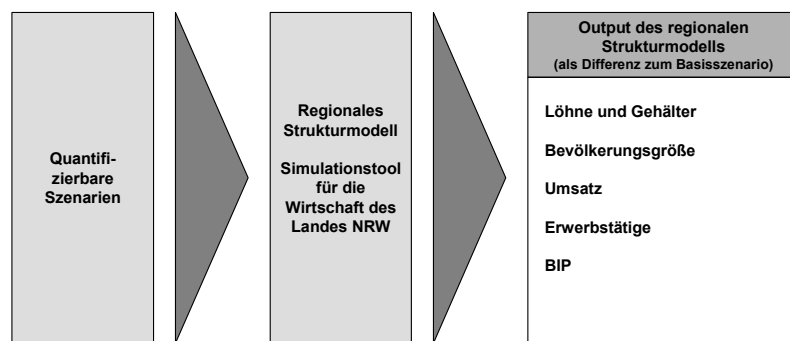
Die Berechnung der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener möglicher politischer Handlungsoptionen auf NRW erfolgt mit Hilfe eines regionalen Strukturmodells für Nordrhein-Westfalen. Dieses regional-ökonomische Modell wurde so adaptiert, dass es als regionalwirtschaftliches Simulationstool für Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden kann (Schaubild 2).

Auf der Basis der regional-ökonomischen Simulationen werden in einem weiteren Arbeitsschritt die im Rahmen der verschiedenen Szenarien zu erwartenden fiskalischen Effekte für das Land NRW und die Kommunen in NRW geschätzt. Um die finanzwirtschaftlichen Effekte für Land und Kommunen genauer einordnen zu können, wird dabei nach verschiedenen Steuerarten (Lohn- und Einkommens-, Körperschafts-, Umsatz- und Gewerbesteuer) differenziert. Dabei ist zu beachten, dass die Ergebnisse der durchgeführten Simulationen als Größenordnung der zu erwartenden Effekte zu interpretieren sind. Da im Rahmen einer solchen Schätzung niemals alle volkswirtschaftlichen Zusammenhänge vollständig erfasst werden, ist von einem gewissen Grad an Ungenauigkeit auszugehen.

Im Folgenden wird vor der Operationalisierung ausgewählter Handlungsoptionen zu quantifizierbaren Zukunftsszenarien zunächst der analytische und empirische Rahmen der Untersuchung abgebildet.

Schaubild 2

**MIT HILFE DES REGIONALEN STRUKTURMODELLS FÜR NRW
WERDEN SZENARIEN BERECHNET**



Mit Hilfe des Outputs des regionalen Strukturmodells können unter gewissen Annahmen die Änderungen der Steuereinnahmen geschätzt werden

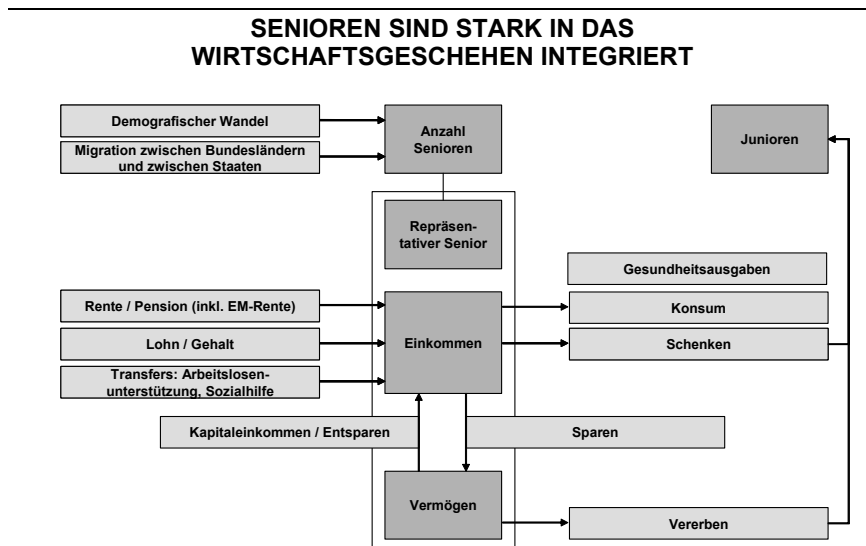
2. Status Quo bei Einkommen und Konsum von Senioren

Zur Operationalisierung des Wirtschaftsbereichs „Seniorenwirtschaft“ ist es zunächst erforderlich, grundsätzlich festzulegen, an welcher Zielgruppe sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Initiativen orientieren sollen. Eine starre Abgrenzung der Seniorenwirtschaft ist zwar nicht einfach, zur quantitativen Modellierung jedoch erforderlich. Im Folgenden werden die über 55-Jährigen¹ als „Senioren“, die unter-55-Jährigen als „Junioren“ definiert. Diese Altersabgrenzung wurde auch in der im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft durchgeführten Befragung zur Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen (MGSFF NRW 2003a) gewählt.

Als analytischer Rahmen für die nachfolgende Simulation verschiedener Szenarien wird zunächst die wirtschaftliche Verflechtung der Senioren sowie der *Status Quo* ihrer Einkommenshöhe und -verwendung näher be-

¹ D.h. die Altersjahrgänge ab einschließlich 55.

Schaubild 3



leuchtet. Basierend auf dieser *Bestandsanalyse* wird untersucht, wie sich mögliche senioren-spezifische Wirtschaftsimpulse auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung insgesamt sowie auf die regionale Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung auswirken könnten. Um die Interpretation der folgenden Berechnungen überschaubar zu halten, wird hier die wirtschaftliche Integration eines repräsentativen Seniors betrachtet. Eine genauere Differenzierung nach verschiedenen Einkommens- und Lebensstiltypen der Senioren ist auf der Basis der vorliegenden Daten nur schwer möglich und würde den Rahmen dieser Analyse sprengen.

Die Gruppe der über 55-Jährigen umfasst in Nordrhein-Westfalen aktuell 5,3 Mill. Personen (30 % der Gesamtbevölkerung), denen 12,7 Mill. „Juniorern“ (70 %) gegenüber stehen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Senioren hängt ab von der Höhe ihrer Einkommen von ihrer Einkommensverwendung sowie von ihrer Kohortengröße (Schaubild 3). Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft können an der Einnahmenseite, der Ausgabenseite und dem Migrationsverhalten ansetzen.

2.1 Einkommen und Sparverhalten der Senioren

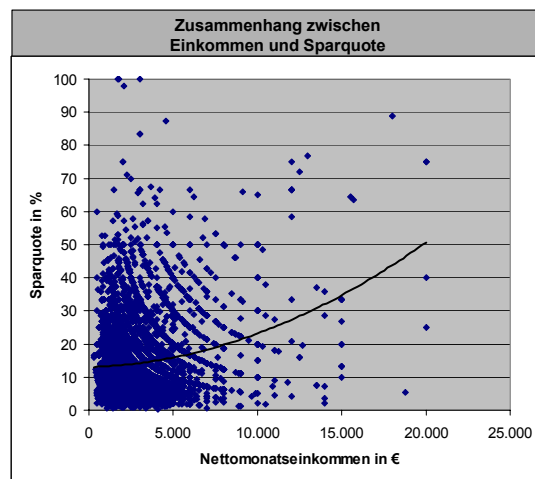
Strategien zur Beeinflussung des Sparverhaltens der Senioren können nur unter Kenntnis der Motive entwickelt werden, die zur Ersparnis führen. Wie empirische Studien belegen, lässt sich die Ersparnisbildung in Abhängigkeit vom Alter nicht allein durch ein Lebenszyklusmodell erklären (Arnds und Bonin 2003: 173). Ein solches Modell würde unterstellen, dass private Ersparnisbildung hauptsächlich aus dem Motiv der Vorsorge erfolgt, z.B. während der Erwerbsphase mit höherem

Einkommen für eine nachfolgende Ruhestandsphase mit niedrigem Einkommen. Wäre ausschließlich das Vorsorgemotiv relevant, müssten Personen im Ruhestand eine rückläufige oder sogar negative Sparquote aufweisen. Eine solche Entwicklung ist jedoch nicht zu beobachten.

Tatsächlich ist die Sparquote, d.h. der Anteil der Ersparnis am ausgabenfähigen Einkommen in der Bundesrepublik in der Altersgruppe über 70 höher als in der Gruppe der 65- bis 70-Jährigen (6,2 gegenüber 4,9 % im Jahr 1999, Arnds, Bonin 2003: 175). Der höchste Anteil der Ersparnis am ausgabenfähigen Einkommen (14,5 %) ist im fortgeschrittenen Erwachsenenalter zu beobachten, wenn das Einkommen relativ hoch ist, die Ausgaben für langfristige Anschaffungen und Kindererziehung dagegen zurückgehen. Unabhängig vom Alter steigt die Sparquote generell mit der absoluten Höhe des erzielten Einkommens (Schaubild 4).

Schaubild 4

HÖHERES EINKOMMEN KORRELIERT STATISTISCH SIGNIFIKANT MIT HÖHERER SPARQUOTE

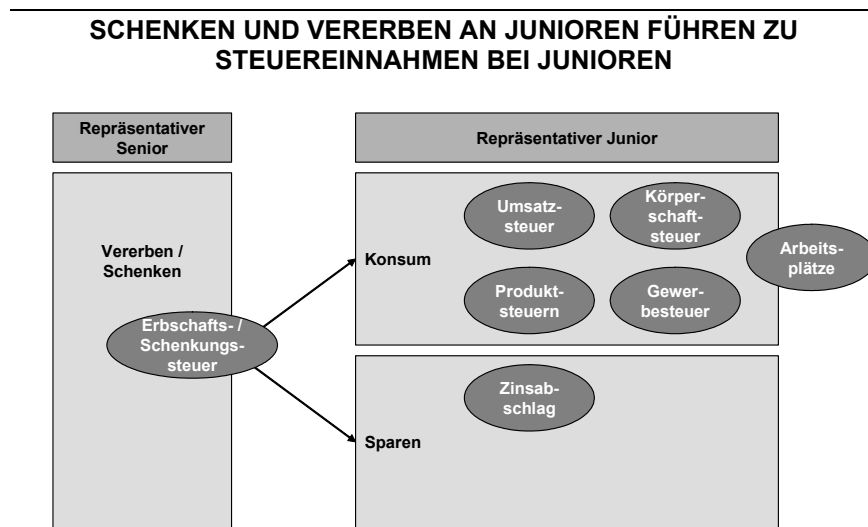


Quelle: RW-Analyse, SOEP 2002

Als ergänzende Erklärungen für die Ersparnisbildung im Alter spielen das Vorsichts- und das Vererbungsmotiv eine Rolle. Wird die Ersparnis nicht zum eigenen Bedarf verbraucht, wird sie in der Regel vererbt oder verschenkt. Private Ersparnis der Senioren bedeutet also keinen dauerhaften Investitions- bzw. Konsumverzicht, sondern lediglich eine Verzögerung des Konsums. Zu Steuereinnahmen und gesamtwirtschaftlichen Folgeimpulsen führen Ersparnisse im Vererbungs- bzw. Verschenkungsfall sofort in Form von Erbschafts- und Schenkungssteuern und verzögert – je nach Verwendung des Erbes bzw. der Schenkung – durch Konsum- bzw. u.U. durch den Zinsabschlag (Schaubild 5). Eine Senkung der Sparquote der

Senioren führt zu früherem Konsum, nicht notwendigerweise zu mehr Konsum. An dieser Stelle besteht noch Forschungsbedarf. So kann Vererbung im Zuge des demographischen Wandels dazu führen, dass viel Vermögen in wenige Hände gelegt wird, die auf Grund des Vermögenszuwachses jedoch eine höhere Sparquote aufweisen als ihre Eltern.

Schaubild 5

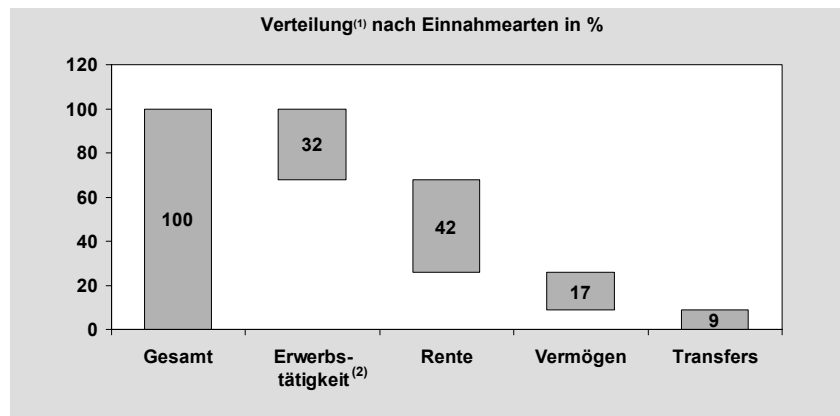


Die Seniorenhaushalte² in Nordrhein-Westfalen verfügen im Jahr 2004 insgesamt über ein Bruttoeinkommen von schätzungsweise ca. 125 Mrd. €. Dieses setzt sich zusammen aus Erwerbseinkommen (32 %), Renten und Pensionen (42 %), aus Einnahmen aus Vermögen (17 %) und aus sonstigen Transferleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) (9 %; Schaubild 6). Vom verfügbaren Einkommen der Seniorenhaushalte (insgesamt schätzungsweise ca. 97 Mrd. € im Jahr 2004) werden etwa 9 % oder ca. 9 Mrd. € gespart.

² Definiert über das Alter des „Haushaltsvorstands“.

Schaubild 6

EINNAHMEN VON SENIOREN VERTEILEN SICH AUF VIER KATEGORIEN



(1) Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen

(2) Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit und aus Untervermietung

Quelle: RWI-Analyse, EVS 1998

2.2 Konsumverhalten der Senioren

Die seniorenwirtschaftlichen Szenarien gehen vom aktuellen Konsumverhalten, d.h. der Höhe und sektoriellen Zuordnung des Konsums der Senioren, aus.

Die aktuellen Konsumausgaben der NRW-Senioren in Höhe von insgesamt ca. 89 Mrd. € pro Jahr (Tabelle 1) entfallen zu etwa drei Vierteln auf „NRW-Produkte im engeren Sinn“, d.h. auf Wirtschaftszweige, deren Güter und Produkte überwiegend in NRW produziert werden³. 40 % des Konsums entfallen auf die „Seniorenwirtschaft im engeren Sinn“, d.h. auf Wirtschaftszweige, in denen senioren-spezifische Produkte angeboten werden bzw. in denen es den Überlegungen der Landesinitiative zu Folge nahe liegt, spezielle Seniorenprodukte anzubieten⁴ (MGSFF 2003b) (Schaubild 7). Die folgenden Szenarien mit Bezug zum Konsumverhalten der Senioren beruhen auf der Annahme, dass gerade diese Wirtschaftszweige neue senioren-spezifische Produkte entwickeln und dadurch zur Steigerung der Konsumausgaben in NRW durch ältere Menschen in NRW beitragen können.

³ Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Wohnen, Tourismus und Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen.

⁴ Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Tourismus und Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen.

Tabelle 1
Konsumausgaben der Senioren in NRW
 2004

Wirtschaftszweig	in Mill. €	in %
Nahrung	7 873	8,9
Genussmittel	3 937	4,4
Kleidung	4 698	5,3
Wohnen und Energie	30 600	34,5
Haushaltsgeräte	6 467	7,3
Gesundheits- und Sozialwirtschaft	4 305	4,9
Verkehr	9 768	11,0
Nachrichtenübermittlung	2 080	2,3
Tourismus, Freizeit	10 670	12,0
Bildung	231	0,3
Gastronomie	4 144	4,7
sonstige Produkte	3 838	4,3
insgesamt	88 610	100

Eigene Schätzung auf Basis der EVS 1998.

Schaubild 7

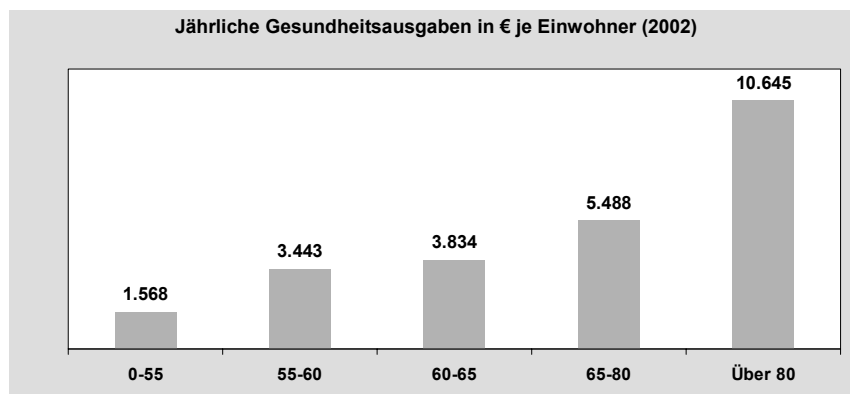
AUSGEWÄHLTE SEKTOREN WERDEN GENAUER BETRACHTET

NRW-Produkte im engeren Sinne	Seniorenwirtschaft im engeren Sinne
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Kredit- und Versicherungsgewerbe
Wohnen	Wohnen
Fahrzeughandel	Fahrzeughandel
Groß- und Einzelhandel	Groß- und Einzelhandel
Hotels & Restaurants	Hotels & Restaurants
EDV-Dienstleistungen	EDV-Dienstleistungen
Forschung und Entwicklung	Forschung und Entwicklung
Dienstleistungen überw. f. Unternehmen	Dienstleistungen überw. f. Unternehmen
Bildung	Bildung
Gesundheits- und Sozialwesen	Gesundheits- und Sozialwesen
sonstige Dienstleistungen	sonstige Dienstleistungen

Die Gesundheitsleistungen, die Senioren in Anspruch nehmen, werden zum großen Teil nicht von den Senioren, sondern über private oder gesetzliche Krankenversicherungen finanziert. Gerade bei Senioren stellen diese Ausgaben einen beträchtlichen Teil dar (Schaubild 8). Gleiches gilt für Pflegeleistungen. Das verwendete Simulationsmodell berücksichtigt diese zusätzlichen Ausgabenströme. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft wird daher weniger über die auf sie entfallenden Konsumausgaben, sondern vielmehr über die Krankheitskosten erfasst.

Schaubild 8

**DIE GESUNDHEITSAUSGABEN STEIGEN
MIT DEM ALTER RAPIDE AN ...
... und werden größtenteils aus GKV- und PKV-Mitteln getragen**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2004, Krankheitskostenrechnung.

Vor der Analyse der regionalwirtschaftlichen Effekte verschiedener Impulse auf die Seniorenwirtschaft wird im folgenden Abschnitt zunächst der empirische Rahmen der Untersuchung, d.h. das regional-ökonomische Modell sowie die Berechnungsgrundlagen der fiskalischen Auswirkungen der Regionaleffekte, erläutert.

3. Empirischer Rahmen

3.1 Das regional-ökonomische Modell

Ein bewährter Standardansatz der empirischen Analyse von wirtschaftlichen Verflechtungen ist die sog. Input-Output-Analyse. Mit Hilfe der Input-Output-Analyse werden die Lieferbeziehungen (Vorleistungsverflechtungen) zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Sektoren, Industrien) und/oder Regionen einer Volkswirtschaft grundrissartig erfasst. Dabei werden die Verflechtungen der einzelnen Produktionsbereiche in einer Volkswirtschaft sowie deren Beiträge zur Wertschöpfung sichtbar. Jedoch bildet die Input-Output-Analyse weder die Wirkungen ab, die zusätzlich nachgefragte Leistungen auf die Einkommensverwendung und das regionale Angebot an Gütern und Dienstleistungen ausüben, noch berücksichtigt sie die Interdependenzen auf der Arbeitsmarktseite.

Um diese Effekte bei der Analyse wirtschaftlicher Impulse und Verflechtungen mit berücksichtigen zu können, wurde das regional-ökonomische Modell in

Zusammenarbeit zwischen RWI und REMI (Regional Economic Models, Inc.) so adaptiert, dass es sich für Modellrechnungen mit Bezug zur NRW-Wirtschaft eignet⁵ (Budde 2003; Schaubild 9 und 10). Das Modell kombiniert verschiedene Berechnungskomponenten

Schaubild 9

**DAS NRW-STRUKTURMODELL BERÜCKSICHTIGT DIE
WICHTIGSTEN DETERMINANTEN DER REGIONALEN WIRTSCHAFT**

Inhalt	Methodik
Migration Demografische Entwicklung Angebots- und Nachfrageverhalten Erwerbsverhalten Produktion	Input-Output-Modell für die Produktion Demografisches Prognosemodell Gravitationstheoretische und ökonomische Modelle zur Preisermittlung und Simulation der Märkte
Das RWI entwickelte das NRW-Strukturmodell in Zusammenarbeit mit REMI (Regional Economic Models, Inc.)	

- a) Mit Hilfe einer erweiterten Input-Output-Analyse werden neben den Vorleistungsverflechtungen auch Nachfrage- und Konsumeffekte abgebildet.
- b) Das Verhalten einzelner Gruppen von Wirtschaftsakteuren wird mittels Gleichgewichtsmodellen simuliert, wobei insbesondere Veränderungen der Konsum- und Immobilienpreise, der Löhne und Gehälter und der Produktionskosten als entscheidende Einflussfaktoren herangezogen werden. Damit werden die Gleichgewichte auf den regionalen Faktormärkten festgelegt, wobei räumliche Verhaltensweisen, wie Agglomerations- und Diffusionsphänomene mittels der Annahmen der Neuen Ökonomischen Geographie (Fujita et al. 1999) abgebildet werden. Ferner werden unter anderem gravitationstheoretische Methoden (Eckey et al. 1990) herangezogen.

Schaubild 10

⁵ Entsprechende Simulationen sind auch nur für das Ruhrgebiet bzw. für NRW ohne das Ruhrgebiet möglich.

... UND DECKT 30 WIRTSCHAFTSSEKTOREN AB

Landwirtschaft, Bergbau und Produzierendes Gewerbe: 17 Sektoren	Dienstleistungen: 13 Sektoren
Land- und Forstwirtschaft, Fischereiwesen Bergbau Holzgewerbe Glasgewerbe, Keramik, Steine und Erden Metallerzeugung und -bearbeitung Maschinenbau Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Fahrzeugbau Herstellung sonstiger Erzeugnisse Ernährung, Tabak Textilien und Bekleidung Leder und Lederprodukte Papier-, Verlags- und Druckgewerbe Chemie, Mineralölverarbeitung Gummi- und Kunststoffwaren Energie- und Wasserversorgung Baugewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung Kredit- und Versicherungsgewerbe Immobilienwirtschaft Fahrzeughandel Groß- und Einzelhandel Hotels & Restaurants EDV-Dienstleistungen Forschung und Entwicklung Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung Bildung Gesundheits- und Sozialwesen sonstige Dienstleistungen

Quelle: RWI-Analyse

Mit diesem dynamischen Modell werden Simulationen und Prognosen auf jährlicher Basis erzeugt. Obwohl dieses komplexe System mehrere 1 000 Gleichungen beinhaltet, kann es in fünf einzelne Segmente strukturiert werden:

- Produktion und Nachfrage
- Nachfrage nach Kapital und Arbeit
- Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial (Demographie)
- Lohneinkommen, Preise und Produktionskosten und
- Marktanteile.

Die einzelnen Segmente sind vielfältig miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig: So werden beispielsweise im Bereich der Produktion auch die Einflüsse berücksichtigt, die sich aufgrund von Änderungen der Produktivitäten im Bereich der Zwischennachfrage ergeben. Weiterhin sei darauf hingewiesen, dass das Segment „Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial“ den Bereich „Lohneinkommen, Preise und Produktionskosten“ beeinflusst, da das Arbeitsangebot in einer Region unter anderem von den demographischen Alterskohorten und dem Wanderungsverhalten der Bevölkerung abhängt.

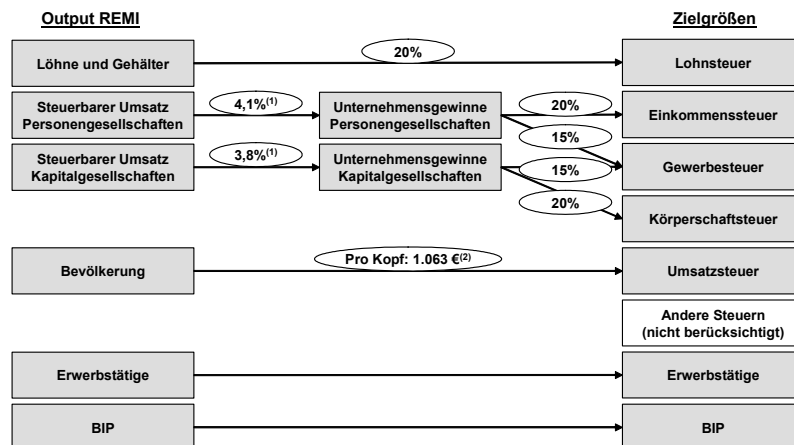
3.2 Fiskalische Auswirkungen regionalwirtschaftlicher Entwicklungen

Unter gewissen Annahmen können auf Basis des Inputs des regionalen Strukturmodells die Steuereinnahmen des Landes und der NRW-Kommunen geschätzt werden. Die Schätzung der durch regionalwirtschaftliche Impulse erzielten zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen NRW erfolgt auf Grund von durchschnittlichen Steuersätzen und der Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden (vertikaler und horizontaler Finanzausgleich).

Die entsprechenden Durchschnitts- und Näherungswerte, die dieser Schätzung zu Grunde liegen, sind im Schaubild 11 und 12 dargestellt. Sie beruhen auf Angaben des Bundesfinanzministeriums, der Deutschen Bundesbank (1999, 2003) sowie auf eigenen Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamts. Zur Berücksichtigung des horizontalen Länderfinanzausgleichs nehmen wir eine Grenzbelastungsquote von 50 % an. D.h. jeder zusätzliche Euro Steuermehreinnahmen bleibt nur mit 50 Cent wirklich in NRW. Die Zahl basiert auf historischen Werten.

Schaubild 11

MIT HILFE DES OUTPUTS VON REMI KÖNNEN DIE GEWÜNSCHTEN ZIELGRÖSSEN BERECHNET WERDEN



(1) Umsatzrendite vor Steuern, Deutsche Bundesbank, basierend auf Zahlen aus 1999 und 2000

(2) Im Wesentlichen erfolgt die Verteilung der Umsatzsteuer auf die Länder nach Köpfen, ein geringerer Anteil nach Finanzkraft der Länder

Schaubild 12

**VERTIKALER FINANZAUSGLEICH: DIE STEUEREINNAHMEN
VERTEILEN SICH AUF BUND, LÄNDER UND GEMEINDEN**

		Bund	Land	Kommunen
im Modell berücksichtigt	Lohn- und Einkommenssteuer	42,5%	42,5%	15%
	Körperschaftsteuer	50%	50%	0%
	Umsatzsteuer ⁽¹⁾	61%	37%	2%
	Gewerbesteuer	0%	0%	100%
	Zinsabschlag	44%	44%	12%
	Erbschafts-, Schenkungssteuer	0%	100%	0%
	Solidaritätszuschlag	100%	0%	0%
Produktsteuern	Versicherungssteuer	100%	0%	0%
	Tabaksteuer	100%	0%	0%
	Mineralölsteuer	100%	0%	0%
	Stromsteuer	100%	0%	0%
	Grunderwerbssteuer	0%	100%	0%
	Kfz-Steuer	0%	100%	0%

(1) Nach Verteilung gemäß Schlüssel gültig für 2004

4. Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen alternativer Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW

Um die wirtschaftlichen Effekte politischer Handlungsoptionen mittels der oben dargestellten Methoden bewerten zu können, müssen die zur Umsetzung der Handlungskonzepte erforderlichen Maßnahmen durch ökonomische Einflussgrößen abgebildet werden. Je detaillierter dieser Transfer politischer Ansätze in ökonomische Daten erfolgt, desto genauer kann eine Abschätzung ihrer Auswirkungen vorgenommen werden.

Wie bereits erläutert, wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung der Frage nachgegangen, wie sich verschiedene seniorenorientierte Handlungsansätze im Vergleich zueinander auf die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens auswirken können. Zu diesem Zweck werden im Folgenden verschiedene Szenarien abgeleitet, die auf Annahmen hinsichtlich der ökonomischen Ausgangsimpulse möglicher politischer Einflüsse beruhen. Um die wirtschaftlichen Effekte einzelner politischer Handlungsoptionen konkret beurteilen zu können, wird ihre Wirkung jeweils unter der Voraussetzung betrachtet, dass alle anderen Rahmenbedingungen gleich bleiben. Bei diesen *ceteris paribus*-Szenarien handelt es sich um vereinfachte Modelle, die die Wirtschaftsentwicklung hinsichtlich der Auswirkungen der Veränderung einzelner Parameter bewerten. Auf Grund des explorativen Anliegens der vorliegenden Untersuchung erscheint es angebracht, zunächst die möglichen Wirkungen einzelner Handlungsansätze isoliert zu bewerten.

Aufbauend auf diese Ergebnisse wird in einem weiteren Untersuchungsschritt versucht, die komplexe politische Handlungsrealität durch ein Kumulativ-Szenario, d.h. durch Analyse der Effekte einer Verknüpfung verschiedener Politikansätze, genauer abzubilden.

Die im Folgenden untersuchten Handlungsoptionen setzen an den eingangs erläuterten möglichen politischen Anknüpfungspunkten zur Förderung der Seniorenwirtschaft an (Schaubild 3) und beziehen sich auf

- a. das Erwerbsverhalten und Einkommen der Senioren
- b. die Konsumorientierung der Senioren auf bestimmte Produkte oder Dienstleistungen,
- c. die Höhe des Konsums der Senioren durch Änderung des Sparverhaltens und
- d. das Migrationsverhalten der Senioren.

Im Rahmen von insgesamt sieben Szenarien (Schaubild 13 und 14) wird geschätzt, welche Differenz sich durch die jeweilige Handlungsoption in Bezug auf wichtige wirtschaftliche Kennziffern (Beschäftigung, Einkommen, Umsatz, BIP und Steueraufkommen) im Vergleich zum Basisszenario im Zeitraum von 2006 bis 2015 voraussichtlich einstellen wird⁶. Die Durchführung der Maßnahme wird für das Jahr 2005 angesetzt, so dass signifikante Wirkungen ab 2006 unterstellt werden können.

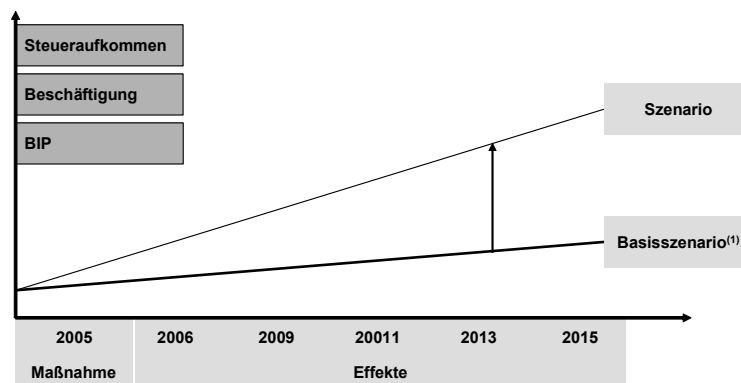
Szenario 1 zielt auf eine Erhöhung der Erwerbseinkommen der Senioren durch Schaffung weiterer Minijobs. Szenario 2 untersucht die Effekte einer generellen Erhöhung der Erwerbsquote der 55 bis 65-Jährigen. Szenario 3 unterstellt die Gewinnung von älteren Kunden, deren Wohnsitz außerhalb von NRW liegt, durch Entwicklung spezieller Seniorenprodukte (z.B. Ausflugsangebote in landschaftlich attraktive Randgebiete oder Städte von NRW). Szenario 4 betrachtet die Wirkungen einer möglichen stärkeren Umorientierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte. Die Szenarien 5 und 6 unterstellen eine Reduktion des Sparverhaltens der Senioren durch Ausweitung seniorenspezifischer Produkte und Dienstleistungen, in Szenario 5 ohne Berücksichtigung der dadurch verringerten Vererbung/Verschenkung, in Szenario 6 mit Beachtung dieser Wirkungen. Szenario 7 geht als „Demographie- bzw. Migrationszenario“ den Effekten einer Beeinflussung des Bestands an Einwohnern im Seniorenalter, d.h. einer Reduktion der (zu beobachtenden) Abwanderung von Senioren aus NRW nach. Das abschließende Kumulativ-Szenario bildet die Simultanwirkung ausgewählter Szenarien ab (s.u.). Im Folgenden werden die Annahmen und geschätzten Auswirkungen dieser Hand-

⁶ Alle Schätzungen in Preisen von 2004

lungsoptionen sowie die Basisentwicklung ohne Einflussnahme im Einzelnen erläutert.

Schaubild 13

DIE BERECHNETEN EFFEKTE EINES SZENARIOS SIND STETS ALS DIFFERENZ ZUR BASISENTWICKLUNG ZU VERSTEHEN
 Die Maßnahme wird in 2005 durchgeführt, Effekte beziehen sich auf 2006 bis 2015



(1) Durch Fortschreibung von vergangenen Entwicklungen und der erwarteten demografischen Änderungen

Schaubild 14

SIEBEN SZENARIEN WERDEN QUANTITATIV UNTERSUCHT

- S1 Erhöhung der Einnahmen für Senioren: „Minijobs für Senioren ab 60“
- S2 Erhöhung der Erwerbsquote der 55-65 Jährigen
- S3 Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW
- S4 Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW Produkte
- S5 Reduktion der Sparquote der Senioren (ohne Auswirkung auf Junioren)
- S6 Reduktion der Sparquote der Senioren (mit Auswirkung auf Junioren)
- S7 Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW: „NRW als Florida Deutschlands“

4.1 Basisszenario: Regionalwirtschaftliche und demographische Entwicklung in NRW ohne Einflussnahme auf die Seniorenwirtschaft

Das Basisszenario berücksichtigt die vorliegenden Bevölkerungsprognosen und die Entwicklung der NRW-spezifischen Wirtschaftszusammenhänge (z.B. sektorielle Differenzierung, Vorleistungsverflechtung, Produktivität, Löhne und Gehälter, Erwerbstätigkeit). So zeichnet sich unter den gegebenen Voraussetzungen bis 2015 ein Bevölkerungsrückgang in Höhe von ca. 280 000 Personen und 180 000 Erwerbstätigen ab. Angesichts weiter zunehmender Produktivität werden sich aber die gesamtwirtschaftliche Leistung (+13% bis 2010, +21 % bis 2015), die ausbezahlten Löhne und Gehälter (+15% bis 2010, +25 % bis 2015) sowie die Unternehmensumsätze (+12% bis 2010, +19 % bis 2015) trotzdem weiter kontinuierlich erhöhen (Schaubild 15).

Im Gesundheits- und Sozialwesen wird sich der Beschäftigungsstand voraussichtlich bis zum Jahr 2010 weiter erhöhen (um 2 % bzw. 16 500 Beschäftigte, anschließend aber wieder leicht abnehmen (Schaubild 16). Offenbar wird hier unterstellt, dass parallel zum allgemeinen Bevölkerungsrückgang auch eine Abnahme der Beschäftigung im Gesundheitssektor stattfinden muss. Angesichts der demographischen Alterung ist denkbar, dass eine stärkere Beachtung der ökonomischen Ressourcen älterer Menschen zu einer Änderung dieses Szenarios führen kann (MFJFG 2001: 136).

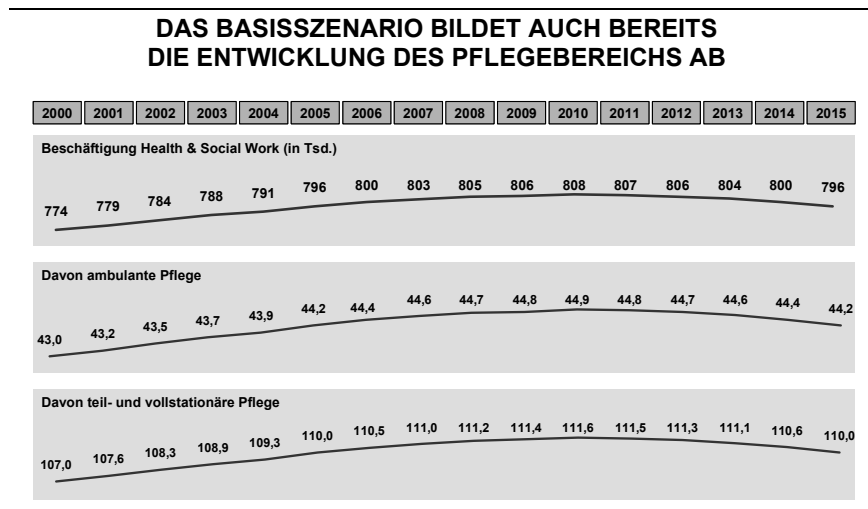
Schaubild 15

DAS BASISZENARIO BERÜCKSICHTIGT BEREITS DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL UND NRW-SPEZIFIKA

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bevölkerung (Tsd.)	18.036	18.026	18.011	17.992	17.969	17.944	17.917	17.887	17.856	17.823	17.790	17.755
Erwerbstätige (Tsd.)	7.569	7.585	7.591	7.594	7.589	7.576	7.572	7.548	7.518	7.486	7.441	7.392
BIP (Mrd. €)*	439	450	459	469	477	487	495	503	511	518	526	531
Löhne und Gehälter (Mrd. €)*	247	253	258	264	270	276	283	288	294	299	304	309
Umsatz (Mrd. €)*	827	844	861	877	892	907	923	937	948	961	971	981

* in Preisen von 2004

Schaubild 16



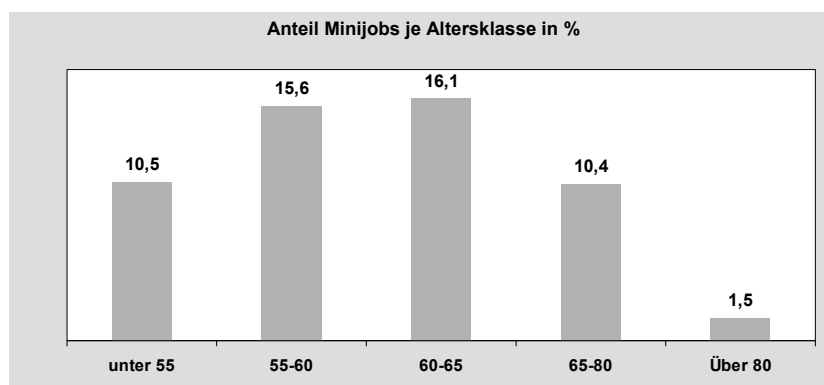
4.2 Zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre

Ausgehend von der gegenwärtigen Beschäftigung der Senioren im Minijobsegment (Schaubild 17) wird davon ausgegangen, dass Senioren im Alter von 60 bis 75 Jahren ihre Minijobaktivitäten ausbauen. Passende Arbeitsangebote werden in drei Wirtschaftssektoren geschaffen: Groß- und Einzelhandel, Öffentlicher Dienst und sonstige Dienstleistungen (u.a. auch für Senioren).

Angenommen wird, dass zusätzlich etwa 10 % der Einwohner im Alter von 60 bis 75 (insgesamt 3 042 284 Personen (2002)) ihr Einkommen durch Minijobs aufbessern. Dies führt zu einer Erhöhung der Erwerbseinkommen von insgesamt 1,46 Mrd. € pro Jahr. Die im Vergleich zum Basisszenario zusätzliche Höhe der Erwerbseinkommen und Anzahl der Minijobber bleibt über den gesamten Beobachtungszeitraum bis 2015 konstant. Da der Bevölkerungsbestand insgesamt zurückgeht, nimmt der Anteil der zusätzlichen Minijobber der Altersgruppe von 60 bis 75 leicht von 10% (2002) auf 10,3% (2010) bzw. 10,5% (2015) zu. Finanziert wird das Angebot an Minijobs zum Teil durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Schaubild 17

S1

ANTEIL MINIJOBBER JE ALTERSKLASSE

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Bundesknappschaft (Minijobzentrale) und des Statistischen Bundesamts (2004)

Die Simulation führt zu dem Ergebnis, dass durch diese Erhöhung der (nicht steuerpflichtigen) Erwerbseinkommen zusätzlich weitere (steuerpflichtige) Löhne und Gehälter generiert werden, die im Jahr 2010 um 2,248 Mrd. € über dem Wert des Basisszenarios liegen (Schaubild 18) (+1,270 Mrd. € im Jahr 2015). Einschließlich der nicht steuerpflichtigen Minijoblöhne erhöht sich das Erwerbseinkommen um insgesamt 3,012 Mrd. € (2010) bzw. 2,730 Mrd. € (2015). Erwartungsgemäß ist der Beschäftigungsstand unter diesen Voraussetzungen deutlich höher als im Basisszenario. Im Rahmen des *ceteribus paribus*-Szenarios „Schaffung von Minijobs“ verringert sich allerdings proportional zur Erhöhung der Erwerbspersonenbasis die Produktivität. Schließlich werden die zusätzlichen Erwerbseinkommen in diesem Szenario nicht durch gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften in Folge wirtschaftlicher Leistungssteigerungen, sondern durch Senkung der Sozialbeiträge geschaffen. Mit sinkender Produktivität verringern sich die Unternehmensumsätze und das BIP. Einbußen sind somit bei der Körperschaftssteuer festzustellen. Das zusätzliche Aufkommen an Lohn- und Einkommenssteuer überwiegt jedoch gegenüber den Verlusten bei der Körperschaftssteuer. Die Gemeinden hätten unter den Bedingungen dieses Szenarios zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 45 Mio. € (2010) jedoch -0,9 Mio. € im Jahr 2015, das Land NRW (nach Abzug des Beitrags zum horizontalen Länderfinanzausgleich) von über 90 Mio. € (2010) bzw. 37 Mio. € (2015) zu erwarten.

Schaubild 18

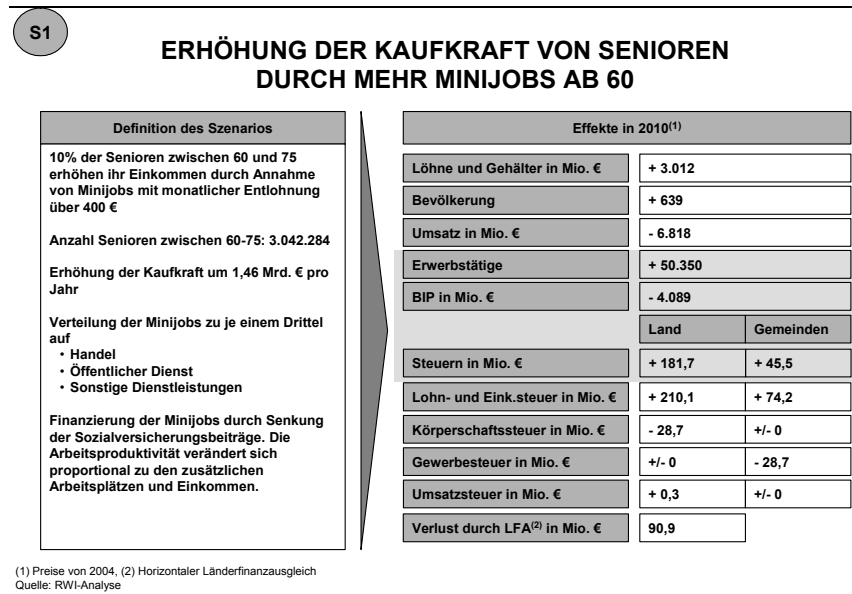
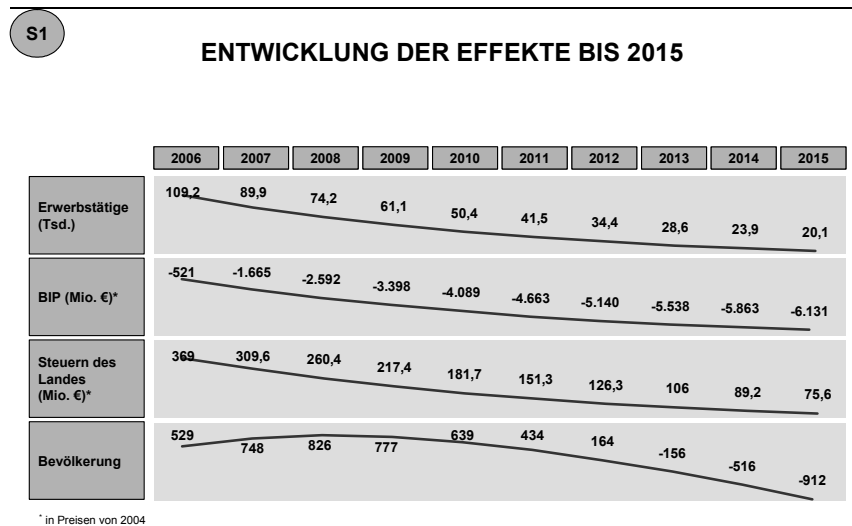


Schaubild 19



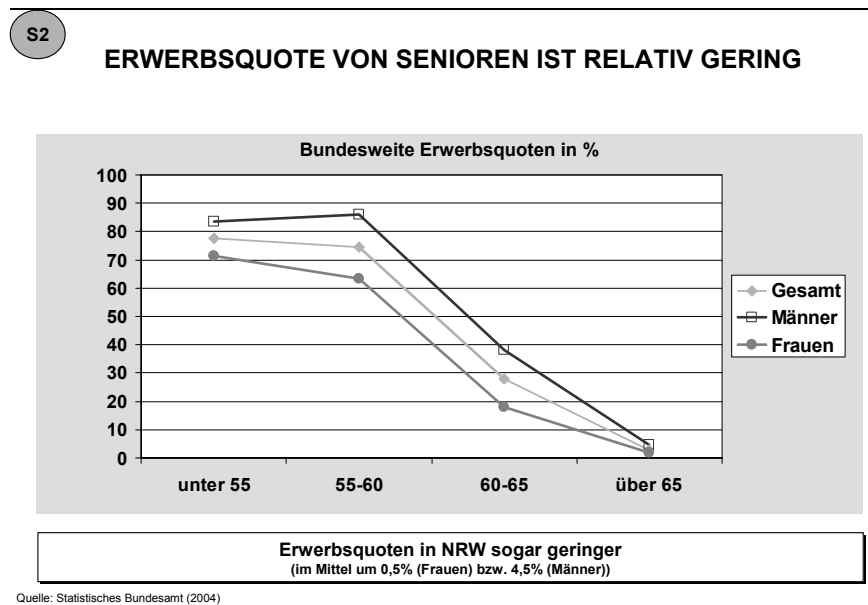
Angesichts der sinkenden regionalwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insgesamt nehmen die anfangs erheblichen Beschäftigungseffekte im Zeitverlauf ab. So wird

im Jahr 2015 ein gegenüber dem Basisszenario höherer Beschäftigungsstand erreicht, wobei der Beschäftigungsgewinn mit etwa 20 000 Personen aber gegenüber dem ursprünglichen Effekt von über 100 000 Beschäftigten (2006) bzw. +50 000 (2010) stark zurückgegangen ist. Mit den verfügbaren zusätzlichen Löhnen und Gehältern verbinden sich in der Simulation leichte Agglomerationseffekte in Bezug auf den Bevölkerungsstand, die allerdings im Zeitverlauf zurückgehen und in Folge der sinkenden Produktivität ab 2013 sogar negative Werte erreichen. Insgesamt bewertet, kann die Schaffung von Erwerbseinkommen durch Minijobs den ermittelten Effekten zu Folge sicher nur eine Teilstrategie im Rahmen der stärkeren Beachtung der Ressourcen älterer Menschen darstellen.

4.3 Generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen

Im zweiten Szenario wird eine generelle Erhöhung der Erwerbsquote der 55 bis 65-jährigen unterstellt. Gleichzeitig nehmen wir an, dass sich ihre Produktivität

Schaubild 20



jedoch nicht verringert und die gesamtwirtschaftliche Leistung sich dementsprechend erhöht. Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Erwerbsquote bei 55- bis 60-jährigen 75 % und bei 60- bis 65-jährigen nur noch 28 %. Die Werte differenzieren sich ferner zwischen Männern und Frauen (Schaubild 20). Auf Grundlage dieser Daten scheinen uns folgende Erhöhungen der Erwerbsquote plausibel. Die

zusätzlichen Erwerbseinkommen entsprechen in ihrer Höhe dem Durchschnittseinkommen.

Altersgruppe	Männer	Frauen
55 bis 60	+ 2 Prozentpunkte	+ 5 Prozentpunkte
60 bis 65	+ 5 Prozentpunkte	+ 10 Prozentpunkte

Die Erhöhung der Erwerbsquoten führt unter diesen Annahmen sowohl zur Erzielung zusätzlicher Löhne und Gehälter als auch zu Umsatzsteigerungen, einer Steigerung des BIP und des Steueraufkommens bei Land und Gemeinden. Im Zeitverlauf nehmen die durch stärkere Erwerbsbeteiligung bei nicht sinkender (somit faktisch erhöhter) Produktivität erzielten Effekte sogar noch zu (Schaubild 21 und 22). So erhöht sich die Differenz des BIP zum Basisszenario von knapp 600 Mio. € (2006) auf 750 Mio. € (2010) bzw. fast 1 Mrd. € in 2015. Die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes (vor Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) liegen im Zeitraum 2006 bis 2015 bei etwa 140 Mio. €. Die Kommunen würden allein in 2010 zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von mehr als 50 Mio. €, in 2015 zusätzliche 60 Mio. € verbuchen.

Schaubild 21

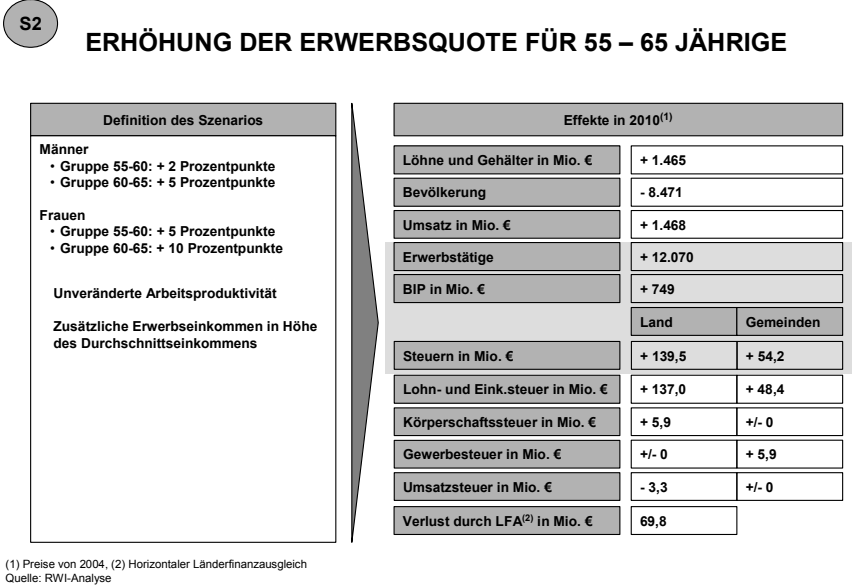
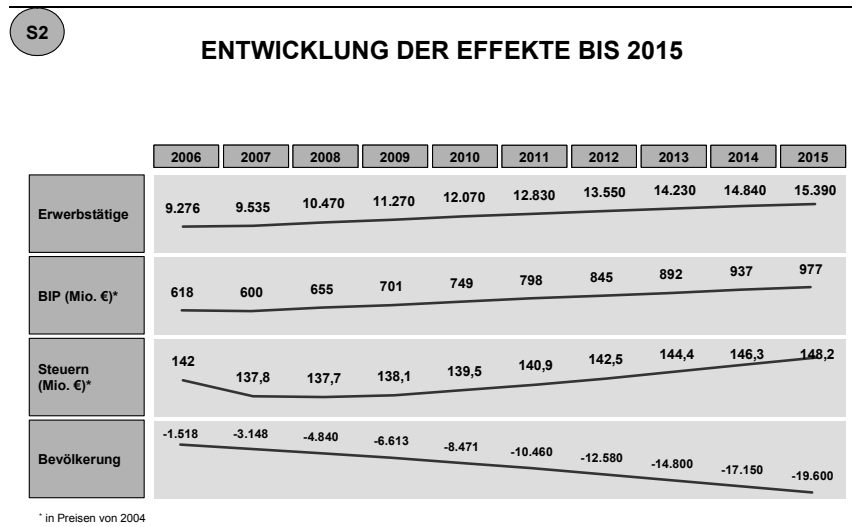


Schaubild 22



Ein negativer Effekt ist allerdings in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen. Bei Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren berechnet das regional-ökonomische Modell, dass pro Jahr etwa 1 600 Arbeitsmigranten weniger nach NRW zuwandern. Die Bevölkerungszahl sinkt somit um die Zahl der nicht zugewanderten Migranten und Familienangehörigen. Das Szenario „Erhöhung der Erwerbsquote“ verdeutlicht die Komplexität regionalwirtschaftlicher Wirkungsmechanismen. Bei überwiegend positiven Wirtschaftseffekten ist die Reduktion der Zuwanderung von Arbeitsmigranten eine unerwünschte Nebenwirkung dieser Handlungsoption. Zudem berücksichtigt das Szenario noch nicht die Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen nach dem Alterseinkünftegesetz, das zum 01.01.2005 in Kraft tritt. Auf Grund der durch dieses Gesetz eingeführten nachgelagerten Rentenbesteuerung ist zu erwarten, dass sich die Steuerzahlungen der Senioren auch bei unverändert niedriger Erwerbsquote erhöhen werden.

4.4 Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRW

Bei der Erarbeitung von Impulsen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW kommt es auch auf die Schaffung von Standortvorteilen für NRW im Vergleich zu anderen Regionen an. Somit ist davon auszugehen, dass in Nordrhein-Westfalen in Folge dieser Impulse seniorenspezifische Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, die in den Nachbarregionen nicht oder in dieser Form noch nicht angeboten werden. Dadurch kann es zur Gewinnung von Neukunden, die außerhalb von NRW ansässig sind, kommen. Schließlich kann die stärkere senioren-

wirtschaftliche Fokussierung ein NRW-spezifisches Innovationspotenzial erzeugen, auf Grund dessen die NRW-Seniorenwirtschaft ihre Standortvorteile über den Beobachtungszeitraum aufrecht erhalten kann, auch wenn es in diesem Zeitraum zu Nachahmereffekten in den Nachbarregionen kommt.

Wir nehmen in diesem Szenario an, dass sich durch neue seniorenspezifische Angebote eine zusätzliche Nachfrage in Höhe von insgesamt 1 Mrd. € pro Jahr generieren lässt. Dies entspricht einer dauerhaften Steigerung des Gesamtkonsums um ca. 1 % gegenüber dem Stand von 2004. Diese zusätzliche Nachfrage konzentriert sich auf die oben definierten „Seniorenprodukte“ der Wirtschaftssektoren Gesundheits- und Sozialwesen, Tourismus und Freizeit, Gastronomie, Verkehr- und Nachrichtenwesen sowie EDV-Dienstleistungen. Der Zusatzkonsum wird durch Gewinnung von insgesamt 250 000 Neukunden erzielt, die pro Jahr im Durchschnitt jeweils 4 000 € ausgeben.

Schaubild 23

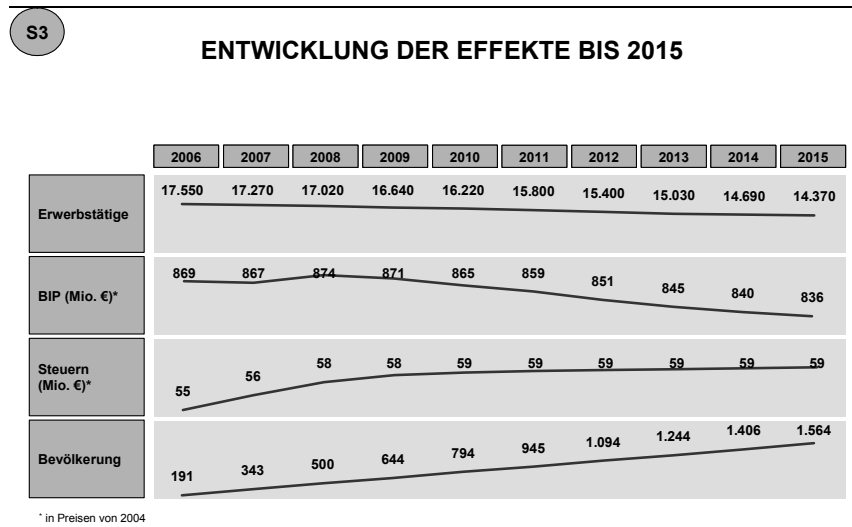
S3

GEWINNUNG VON NEUKUNDEN FÜR DIE SENIORENWIRTSCHAFT VON AUßERHALB NRWS

Definition des Szenarios	Effekte in 2010 ⁽¹⁾		
<p>Erhöhung der Nachfrage nach „Seniorengütern“, d.h. Konsum der Gütergruppen Gesundheit, Freizeit, Gaststätten, Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen</p> <p>Zunahme des Konsums dieser Güter um insgesamt 1.000 Mio € (entspricht 1% des heutigen Konsums) durch Gewinnung von 250.000 Neukunden, die pro Jahr im Durchschnitt jeweils 4.000 € ausgeben.</p> <p>Davon entfallen jeweils 2.000 € auf den Gesundheitssektor und je 400 € auf die Bereiche Freizeit, Gastronomie, Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen</p>	Löhne und Gehälter in Mio. €	+ 559	
	Bevölkerung	+ 795	
	Umsatz in Mio. €	+ 1.519	
	Erwerbstätige	+ 16.220	
	BIP in Mio. €	+ 865	
		Land	Gemeinden
	Steuern in Mio. €	+ 58,6	+ 24,5
	Lohn- und Eink.steuer in Mio. €	+ 52,3	+ 18,4
	Körperschaftssteuer in Mio. €	+ 6,1	+/- 0
	Gewerbesteuer in Mio. €	+/- 0	+ 6,1
	Umsatzsteuer in Mio. €	+ 0,3	+/- 0
Verlust durch LFA ⁽²⁾ in Mio. €	29,3		

(1) Preise von 2004, (2) Horizontaler Länderfinanzausgleich
Quelle: RWI-Analyse

Schaubild 24



NRW ausgeben. Davon entfallen im Mittel 2 000 € auf den Gesundheitssektor und je 400 € auf die Bereiche Tourismus und Freizeit, Gastronomie, Verkehr, Nachrichten und EDV-Dienstleistungen.

Im Vergleich zu den Szenarien 1 und 2 wirkt sich die Gewinnung von Neukunden im angenommenen Rahmen insgesamt moderater, aber durchweg positiv aus. Positiv ist insbesondere die zu erwartende Umsatzsteigerung von mehr als 1,5 Mrd. €, aber auch der Beschäftigungsgewinn (über 16 000 zusätzliche Erwerbstätige in 2010, über 14 000 in 2015) zu bewerten. Interessant ist, dass es im Gegensatz zum Szenario 2, bei dem Verdrängungseffekte zu beobachten sind, bei dieser Handlungsoption – ceteris paribus – in sehr begrenztem Umfang zur Zuwanderung nach NRW kommen wird (Schaubild 23 und 24). Das Land würde nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs im Jahr 2010 29 Mio. € zusätzlich an Steuern einnehmen (+30 Mio. € in 2015), die Kommunen in NRW über 24 Mio. € (2010 und 2015).

4.5 Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte

Alternativ zu Szenario 3, das von der Generierung zusätzlichen Konsums ausgeht, kann angenommen werden, dass auf Grund neuer Angebote der Seniorenwirtschaft eine stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte stattfinden wird. Zu untersuchen ist in diesem Zusammenhang, wie sich eine rein sektorielle Verlagerung des Konsums der Senioren, d.h. ohne Gewinnung zusätzlicher Ressourcen, auswirken wird.

Dieses Szenario unterstellt, dass jeder der insgesamt 4,65 Mill. Einwohner Nordrhein-Westfalens im Alter von 55 bis 80 pro Jahr 215 € mehr für NRW-Güter und entsprechend weniger für andere Güter ausgibt. Von den Zusatzausgaben für NRW-Güter entfallen 70 € pro Jahr auf den Gesundheitssektor, je 40 € auf den Freizeit- und Gastronomiebereich sowie je 15 € auf Verkehrsteilnahme, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen. Insgesamt geben die NRW-Senioren somit pro Jahr 1 Mrd. € mehr für NRW-Güter und 1 Mrd. € weniger für andere Güter aus. Damit wird dieses Szenario mit dem vorhergehenden vergleichbar.

Da der Gesamtkonsum in diesem Szenario unverändert bleibt, kommt es erwartungsgemäß zu geringeren Regionaleffekten als im vergleichbaren Szenario „Gewinnung von Neukunden“. Dennoch zeigt sich, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der NRW-Wirtschaft im Bereich seniorenspezifischer Güter ceteris paribus mit durchweg positiven regionalwirtschaftlichen und Arbeitsmarkteffekten und mit entsprechend positiven Fiskaleffekten verbunden ist (Schaubild 25 und 26). So kommt es durch die stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte voraussichtlich zu einem Wachstum der NRW-Wirtschaft von konstant etwa 200 Mio. € pro Jahr ab 2006 bis 2015.

Schaubild 25

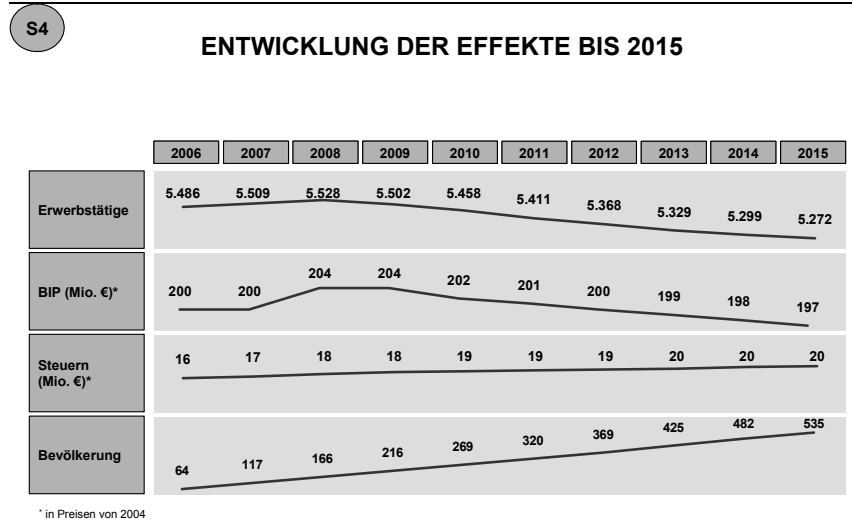
S4

STÄRKERE FOKUSSIERUNG DES KONSUMS DER SENIOREN AUF NRW-PRODUKTE

Definition des Szenarios	Effekte in 2010 ⁽¹⁾		
<p>Zunahme des Konsums der Senioren von NRW-Produkten.</p> <p>Jeder der insgesamt 4,65 Mio. Senioren im Alter von 55 bis 80 gibt pro Jahr 215 € mehr für NRW- und 215 € weniger für andere Güter aus.</p> <p>Von den Zusatzausgaben für NRW-Güter entfallen je 40 € auf den Freizeit- und Gastronomiebereich, 70 € auf den Gesundheitssektor und je 15 € auf Transport, Kommunikation und EDV-Dienstleistungen.</p> <p>Insgesamt werden 1.000 Mio € pro Jahr mehr für NRW-Güter ausgegeben.</p> <p>Gleichzeitig Rückgang des Konsums der anderen Güter, so dass absolut gesehen der Gesamtkonsum unverändert bleibt</p>	Löhne und Gehälter in Mio. €	+ 186	
	Bevölkerung	+ 269	
	Umsatz in Mio. €	+ 295	
	Erwerbstätige	+ 5.458	
	BIP in Mio. €	+ 202	
		Land	Gemeinden
	Steuern in Mio. €	+ 18,7	+ 7,3
	Lohn- und Eink.steuer in Mio. €	+ 17,4	+ 6,1
	Körperschaftsteuer in Mio. €	+ 1,2	+/- 0
	Gewerbesteuer in Mio. €	+/- 0	+ 1,2
	Umsatzsteuer in Mio. €	+ 0,1	+/- 0
Verlust durch LFA ⁽²⁾ in Mio. €	9,4		

(1) Preise von 2004, (2) Horizontaler Länderfinanzausgleich
Quelle: RWI-Analyse

Schaubild 26



Selbstverständlich zeigen gerade die Szenarien 3 und 4, dass es bei der Entwicklung von NRW-spezifischen Standortvorteilen der Seniorenwirtschaft vor allem auf entsprechende Impulse und Ideen aus den entsprechenden Produktions- bzw. Dienstleistungssektoren ankommt. Die Landesinitiative Seniorenwirtschaft kann darauf hinwirken, dass in NRW in Form einer Clusterbildung, d.h. durch stärkere überbetriebliche Kooperationen, Innovationsvorsprünge entstehen, die den einzelnen Betrieben letztendlich Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Das Land würde bei Verwirklichung dieses Szenarios (nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) im Jahr 2010 mehr als 9 Mio. € zusätzlich an Steuern einnehmen (+10 Mio. in 2015), die Kommunen etwa 7 Mio. € (2010) bzw. 8 Mio. € (2015).

4.6 Reduktion der Sparquote der Senioren

Eine mögliche Alternative zur Umschichtung von Konsum besteht darin, die Senioren dazu zu veranlassen, weniger zu sparen bzw. mehr zu konsumieren, d.h. in gewissem Maße ihr Sicherheitsbedürfnis bzw. ihre Neigung zur Vererbung oder Versenkung ihres Vermögens zu verringern. Wie die Repräsentativumfrage im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft belegt, besteht aus der Sicht der Senioren in NRW bezüglich der regionalen Einkaufsangebote, Möglichkeiten zur Verkehrsteilnahme, seniorenspezifischen Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten durchaus ein Ausbaupotenzial, das auf eine Inanspruchnahme zusätzlicher Angebote schließen lässt (MGSFF 2003a: 81–86).

Im Folgenden werden zwei Szenarien berechnet, im ersten Fall ohne Berücksichtigung der dadurch verringerten Vererbung/Verschenkung (Szenario 5), im zweiten Fall mit Berücksichtigung dieser Wirkung (Szenario 6). Das Szenario 5 ist von geringer Bedeutung, da es nur sehr kurzfristige Effekte der Minderung der Sparquote erfasst. Szenario 6 entspricht dagegen eher den durch die Sparquoten-Minderung zu erwartenden Regionaleffekten.

Schaubild 27

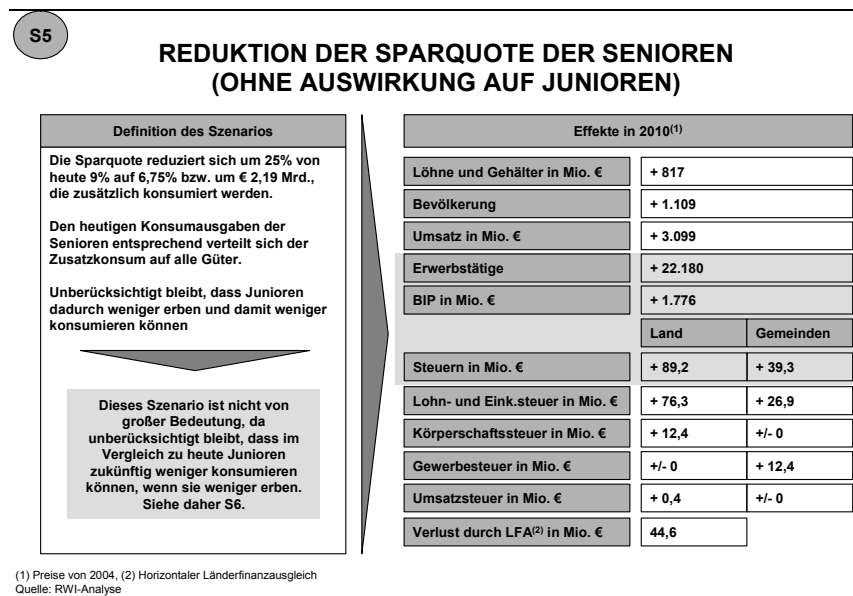
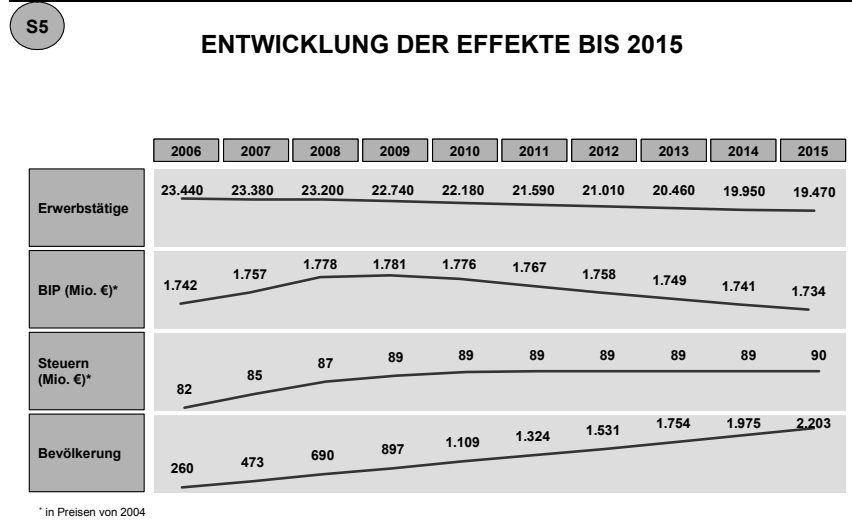


Schaubild 28



Für beide Szenarien nehmen wir an, dass sich die Sparquote der Senioren in NRW um 25 % von heute 9 % auf 6,75 % verringert. Dadurch stehen pro Jahr 2,19 Mrd. € zusätzlich für den Konsum zur Verfügung (Szenario 5). In Szenario 6 wird jedoch zusätzlich angenommen, dass nur 25 % dieser Ersparnisminderung tatsächlich dem Konsum in NRW zur Verfügung stehen, da gemäß Annahme 75 % der Ersparnis an Nachkommen in NRW vererbt worden wäre und deren Konsum durch den Wegfall eines Teils ihres Erbes nun entsprechend geringer ausfällt. Anzumerken ist, dass erstens die berechneten Effekte des Szenarios nicht die Fristigkeit des Vererbungseffekts berücksichtigen und somit die kurzfristigen Auswirkungen unterbewerten und außerdem mögliche unterschiedliche Sparquoten von Senioren und Junioren außer Acht lassen. Der Zusatzkonsum verteilt sich proportional zur heutigen sektoriellen Differenzierung des Konsums (Tabelle 1) auf alle Wirtschaftszweige.

Erwartungsgemäß führt Szenario 5 bei der Höhe des Zusatzkonsums von 2,19 Mrd. € zu höheren regionalwirtschaftlichen-, Beschäftigungs- und Fiskal-effekten als die in den anderen Szenarien simulierte Konsumsteigerung. Für die öffentlichen Haushalte wären diese Wirkungen mit erheblichen Zusatzeinnahmen verbunden (Schaubild 27 und 28). Wie erläutert, sollte man aber eher von den moderateren, um ca. 75 % geringeren Effekten des Szenarios 6 ausgehen, demzufolge nur etwa 550 Mill. € pro Jahr für den Konsum in NRW zur Verfügung stehen (Schaubild 29 und 30).

Obwohl die Konsumsteigerung hier etwa die Hälfte des in Szenario 3 (Neukunden) angenommenen Zusatzkonsums erreicht, sind die geschätzten Auswirkungen

auf die Löhne und Gehälter sowie auf die Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in diesem Szenario um deutlich mehr als die Hälfte geringer als in Szenario 3, in dem eine Gewinnung von Neukunden für „Seniorenprodukte“ angenommen wurde. Grund hierfür ist, dass es im Szenario „Reduktion der Sparquote“ zu einem stärkeren Abfluss des zusätzlichen Konsums der Senioren aus NRW kommt. Die Simulationen bestätigen somit, dass eine seniorenwirtschaftliche Fokussierung auf NRW-Produkte mit einem erheblichen „Mehrwert“ für das Land NRW, nicht zuletzt aus der Sicht der öffentlichen Haushalte, verbunden ist.

Die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes würden sich unter den Bedingungen des Szenarios 6 auf etwa 11 Mio. € (2010 und 2015), die der Kommunen auf ca. 10 Mio. € (2010 und 2015) belaufen.

Schaubild 29

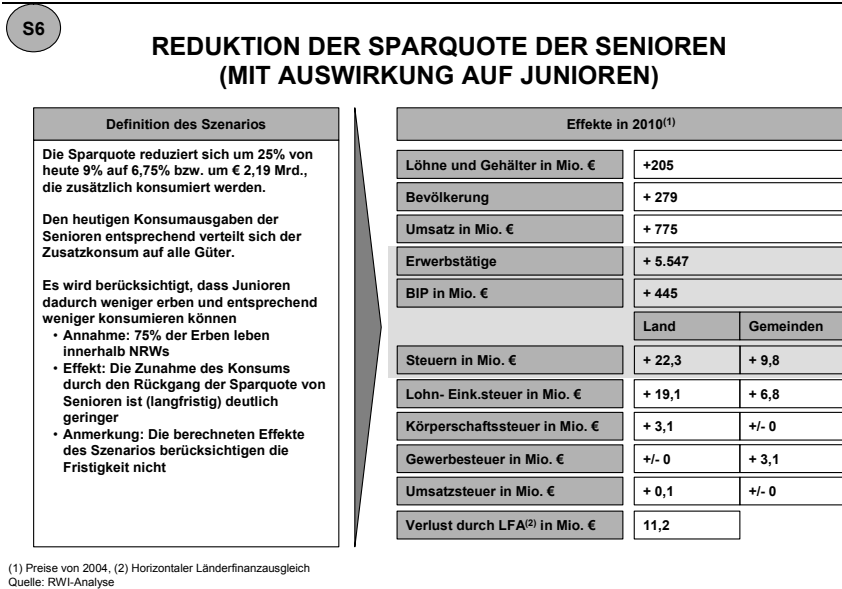
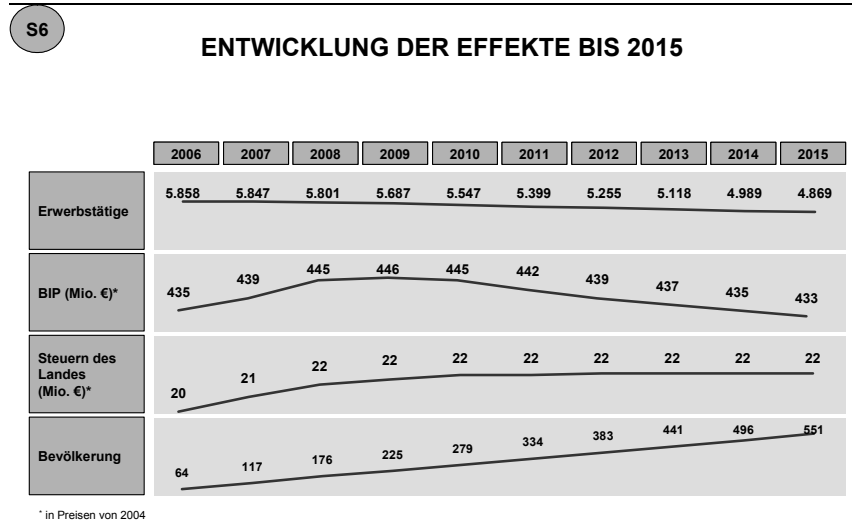


Schaubild 30



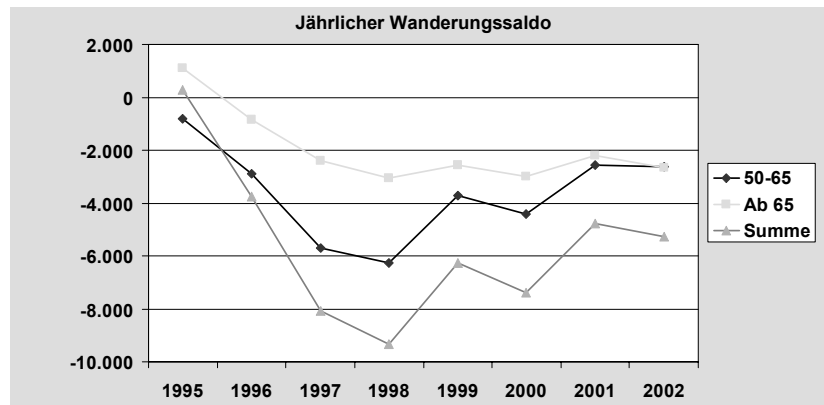
4.7 Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW

Neben Strategien zur stärkeren Inanspruchnahme der ökonomischen Ressourcen älterer Menschen durch Beeinflussung der Einnahmen und Ausgaben der Senioren ist denkbar, den Bestand an Senioren durch Einflussnahme auf das Wanderungsverhalten zu verändern. Zwar nimmt der Bestand an alten Menschen in den nächsten Jahren noch zu, da starke Alterskohorten in das Seniorenalter aufrücken werden. Allerdings verzeichnen die Senioren in NRW seit einigen Jahren eine negative Wanderungsbilanz (etwa -6 000 im Jahr 2002, Schaubild 31). Ziel senienwirtschaftlicher Impulse sollte es daher sein, die Attraktivität NRWs als Wohnort für Senioren zu steigern.

Schaubild 31

S7

IN DEN LETZTEN JAHREN WAR DER WEGZUG VON SENIOREN HÖHER ALS DER ZUZUG NACH NRW



Zwischen 1998 und 2002 haben im Saldo jährlich 6.600 Senioren NRW verlassen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (2004)

Unter der Annahme, dass pro Jahr 5 000 Senioren weniger als im Basisszenario ihren Wohnort in NRW aufgeben (gleichmäßig verteilt auf alle Seniorenaltersjahrgänge entsprechend ihrer heutigen Bevölkerungsanteile), führt dies durch zusätzliche Agglomerationswirkungen zu einem erheblichen Zuwachs an Einwohnern, der deutlich über die im Gesamtzeitraum insgesamt 50 000 weniger abgewanderten Senioren hinaus geht (+ 70 000 in 2010, über + 200 000 in 2015), sowie zu beachtlichen regionalwirtschaftlichen-, Arbeitsmarkt- und Fiskaleffekten (Schaubild 32 und 33).

Schaubild 32

S7

REDUKTION DER ABWANDERUNG VON SENIOREN AUS NRW „NRW ALS FLORIDA DEUTSCHLANDS“

Definition des Szenarios		Effekte in 2010 ⁽¹⁾			
<p>Derzeit ist der Zuzug von Senioren deutlich geringer als der Wegzug</p> <p>Der Wanderungssaldo betrug zwischen 1998 und 2002 jährlich -6.600 Personen</p> <p>Annahme: 5.000 Senioren weniger verlassen jährlich NRW (gleichmäßig verteilt auf alle Seniorenaltersgruppen)</p>		Löhne und Gehälter in Mio. €	+ 1.059		
		Bevölkerung	+ 71.130		
		Umsatz in Mio. €	+ 3.369		
		Erwerbstätige	+ 27.990		
		BIP in Mio. €	+ 1.917		
		Steuern in Mio. €	Land	+ 140,4	+ 48,4
			Gemeinden		
		Lohn- Eink.steuer in Mio. €	+ 99,0	+ 34,9	
		Körperschaftssteuer in Mio. €	+ 13,5	+/- 0	
		Gewerbesteuer in Mio. €	+/- 0	+ 13,5	
Umsatzsteuer in Mio. €	+ 28,0	+/- 0			
Verlust durch LFA ⁽²⁾ in Mio. €	70,2				

(1) Preise von 2004, (2) Horizontaler Länderfinanzausgleich
Quelle: RWI-Analyse

Schaubild 33

S7

ENTWICKLUNG DER EFFEKTE BIS 2015

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erwerbstätige	2.037	5.945	11.630	18.950	27.990	38.340	49.800	62.230	75.260	88.840
BIP (Mio. €)*	135	393	777	1.280	1.917	2.663	3.508	4.446	5.454	6.529
Steuern des Landes (Mio. €)*	9	28	56	93	140	197	261	334	414	500
Bevölkerung	4.949	14.700	29.100	47.960	71.130	98.400	129.600	164.400	202.700	244.200

* in Preisen von 2004

Zu erwarten ist eine im Vergleich zu den anderen Szenarien weit stärkere Zunahme des BIP (über 1,9 Mrd. € in 2010, über 6,5 Mrd. € in 2015) und des Umsatzes (über 3 Mrd. € in 2010, über 10 Mrd. in 2015) sowie ein deutlicher Anstieg der Löhne und Gehälter (über 1 Mrd. € in 2010, 4 Mrd. in 2015). Besonders auffällig ist die nur in diesem Szenario zu verzeichnende gleichmäßige Positivwirkung auf alle beobachteten Effekte. Somit erscheint im Szenarienvergleich eine Einflussnahme auf das Wanderungsverhalten mit besonders nachhaltig wirksamen Regionaleffekten verbunden zu sein. Wünschenswert ist, dass sich diese Entwicklung als „Nebenwirkung“ seniorenwirtschaftlicher Impulse einstellt. Das Land hätte unter diesen Bedingungen im Jahr 2010 70 Mio. € zusätzliche Steuereinnahmen zu erwarten (im Jahr 2015 sogar 250 Mio. €), die Kommunen 50 Mio. € in 2010 bzw. 170 Mio. € in 2015.

4.8 Verknüpfung der Handlungsoptionen zu einer umfassenden Förderstrategie

Die in der vorliegenden Untersuchung durchgeführten Simulationen schätzen die Effekte einzelner Handlungsoptionen unter der Annahme, dass alle anderen Rahmenbedingungen konstant bleiben. Es liegt jedoch nahe, im Rahmen einer umfassenden Förderstrategie das Ziel zu verfolgen, sowohl die Einnahmen als auch die Konsumausgaben der Senioren zu erhöhen und durch die Schaffung seniorenwirtschaftlicher Angebote die Standortfaktoren des Landes Nordrhein-Westfalen als Wohnort für Senioren aufzuwerten. Im Rahmen eines Kumulativszenarios wird im Folgenden geschätzt, welche gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen auf Land und Kommunen in Folge einer Verknüpfung verschiedener Handlungsoptionen zu erwarten sind.

Aus den nicht miteinander kombinierbaren Szenarien 1 und 2 wird dabei das leichter zu verwirklichende Szenario 1 ausgewählt. Szenario 2 erscheint weniger plausibel, da es auf der Annahme erheblicher Produktivitätssteigerungen bei gleichzeitig zunehmender Nachfrage nach Arbeitskräften beruht. Von den beiden Szenarien, die die Verringerung der Sparquote abbilden, wird das Szenario 6 ausgewählt, das wie erläutert eher als Szenario 5 den durch die Sparquotenminderung zu erwartenden Regionaleffekten entspricht. Das Kumulativ-Szenario verbindet somit die Handlungsoptionen

- Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten für Rentner und Pensionäre durch Minijobs,
- Gewinnung von Neukunden für die Seniorenwirtschaft von außerhalb NRWs,
- Stärkere Fokussierung des Konsums der Senioren auf NRW-Produkte,
- Reduktion der Sparquote der Senioren (und Rückgang der Vererbung/Verschenkung der Ersparnisse an Junioren) und

- Reduktion der Abwanderung von Senioren aus NRW.

Bei Verknüpfung der Szenarien stellt sich heraus, dass durch eine umfassende Förderung der Seniorenwirtschaft beachtliche regionalwirtschaftliche, fiskalische und Beschäftigungseffekte zu erzielen sind (Schaubild 34 und 35). Im Fall einer Verwirklichung der ausgewählten Handlungsoptionen ist für das Jahr 2010 gegenüber dem Basisszenario ohne Eingriffe eine Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von über 4,7 Mrd. € bzw. um ca. 1,6% (+7,6 Mrd. € bzw. +2,5% in 2015) zu erwarten. Da die Arbeitsproduktivität in Folge der Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte zurückgeht, wird es zunächst zu einem im Vergleich zum Basisszenario schwächeren Wirtschaftswachstum kommen. Gelingt es, durch neue Angebote die Nachfrage nach seniorenwirtschaftlichen Produkten zu steigern ist allerdings denkbar, dass sich die angenommenen Beschäftigungseffekte auch bei unveränderter Produktivität erzielen lassen. Da sich die Steuereinnahmen von Land und Kommunen vor allem auf die Löhne und Gehälter der Erwerbsbevölkerung stützen, würden sich die hier angenommenen Produktivitätsverluste und die daraus resultierende vorübergehende Wachstumsschwäche ohnehin nur begrenzt auf die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen auswirken. So würde NRW im Jahr 2010 nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs voraussichtlich zusätzliche Steuern von etwa 210 Mio. € bzw. +1,1% einnehmen. Bis zum Jahr 2015 würden sich die Zusatzeinnahmen sogar bis auf weit über 300 Mio. € (+ 1,7%) erhöhen.

Das Gesamtvolumen der Steuergewinne für das Land wird sich im Zeitraum von 2006 bis 2015 (nach Abzug des horizontalen Länderfinanzausgleichs) voraussichtlich auf fast 2,5 Mrd. € (+1,3%) gegenüber dem Basisszenario belaufen. Nach 2010 würde die im Vergleich zum Basisszenario günstigere Bevölkerungsentwicklung die Negativeffekte des Produktivitätsrückgangs ausgleichen, so dass ab 2013 Wachstumsgewinne zu verzeichnen wären.

Schaubild 34

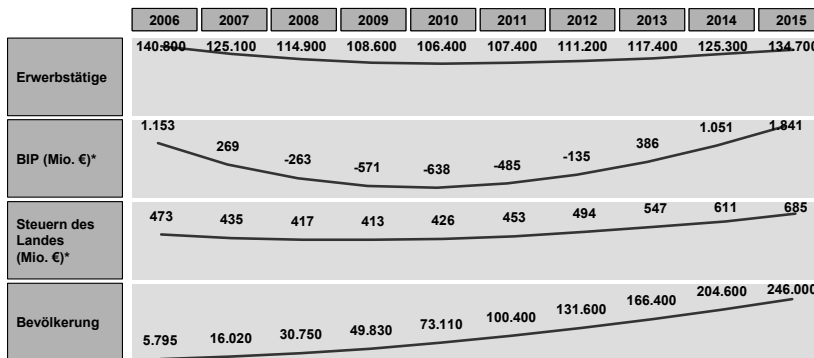
HOHER GESAMTEFFEKT BEI KUMULATIVEM SZENARIO

Definition des Szenarios		Effekte in 2010 ⁽¹⁾		
Verwirklichung der Szenarien		Löhne und Gehälter in Mio. €	+ 4.779	
1 Schaffung von Minijobs		Bevölkerung	+ 73.110	
3 Gewinnung von Neukunden		Umsatz in Mio. €	- 1.171	
4 Fokussierung auf NRW-Produkte		Erwerbstätige	+ 106.400	
6 Reduktion der Sparquote		BIP in Mio. €	- 638	
7 Reduktion der Abwanderung			Land	Gemeinden
		Steuern in Mio. €	+ 426,0	+ 137,2
		Lohn- Eink.steuer in Mio. €	+ 402,0	+ 141,9
		Körperschaftssteuer in Mio. €	- 4,7	+/- 0
		Gewerbesteuer in Mio. €	+/- 0	+ -4,7
		Umsatzsteuer in Mio. €	+ 28,8	+/- 0
		Verlust durch LFA ⁽²⁾ in Mio. €	213,0	

(1) Preise von 2004, (2) Horizontaler Länderfinanzausgleich
Quelle: RWI-Analyse

Schaubild 35

KUMULATIVSZENARIO: ENTWICKLUNG DER EFFEKTE BIS 2015



* in Preisen von 2004

Die Verwirklichung einer umfassenden Strategie zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW wäre nicht nur für das Land, sondern auch für die Kommunen mit zusätzlichen Steuereinnahmen verbunden. Wie für das Land gilt auch aus

kommunaler Sicht, dass dabei den Lohn- und Einkommenssteuern das größte Gewicht zukommt. So könnten die Kommunen z.B. in 2010 zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 130 Mio. € (+1%) erzielen (+200 Mio. € bzw. +1,5% in 2015). Durch den erneuten Anstieg des Wirtschaftswachstums würden die Kommunen nach 2010 außerdem zusätzliche Gewerbesteuern einnehmen. Das Gesamtvolumen der durch Förderung der Seniorenwirtschaft erzielbaren kommunalen Steuergewinne würde sich im Zeitraum von 2006 bis 2015 voraussichtlich auf rund 1,5 Mrd. € bzw. +1,2% gegenüber dem Basisszenario belaufen.

Die Positivwirkungen des kumulativen Szenarios auf die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen, die Löhne und Gehälter und die Zahl der Erwerbstätigen sind jeweils etwas höher als die Summe der Effekte der entsprechenden Szenarien, die Negativeffekte auf BIP und Umsatz etwas geringer. Bei Verknüpfung der verschiedenen Handlungsoptionen zu einer umfassenden Förderstrategie treten somit zusätzliche Agglomerationseffekte mit Positivwirkung auf die wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung des Landes auf.

Durch den horizontalen Finanzausgleich würden durch eine offensive Seniorenwirtschaft in NRW auch die anderen Länder Deutschlands profitieren, und zwar mit insgesamt ca. 1 Mrd. € bis zum Jahr 2010 und mit insgesamt ca. 2,5 Mrd. € bis zum Jahr 2015.

5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung bestätigt die Annahme, dass durch Förderung der Seniorenwirtschaft vorteilhafte Auswirkungen auf die regionalwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den regionalen Arbeitsmarkt, die Bevölkerungsentwicklung und die finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen erzielt werden können. Durch die regional-ökonomische Simulation werden diese Effekte quantifiziert und können dadurch in Relation zueinander gesetzt werden. Dabei ist jedoch ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Ergebnissen um Schätz- und Näherungswerte handelt. Tabelle 2 zeigt die im Jahr 2010 im Vergleich zum Basiszenario zu erwartenden Wirkungen der verschiedenen Szenarien, einschließlich des Kumulativszenarios, das die Simultanwirkungen der Szenarien 1, 3, 4, 6 und 7 abbildet. Von den zusätzlichen Steuereinnahmen werden nach der in Tabelle 2 bereits berücksichtigten Verteilung im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus NRW-Sicht noch einmal ca. 50% durch den horizontalen Länderfinanzausgleich „verloren“ gehen.

Im Vergleich der simulierten Szenarien wird deutlich, dass aus der Sicht der öffentlichen Haushalte vor allem durch solche Handlungsoptionen zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können, die zur Steigerung der Erwerbseinkommen der Senioren führen (Szenarien 1 und 2). Allerdings greift eine Strategie zu kurz,

die bei der Erhöhung der Erwerbseinkommen allein auf die Schaffung von Mini-jobs setzt, ohne damit auf eine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften zu reagieren. Die nicht nachgefragte Zufuhr von Arbeitskräften führt zwar zur Steigerung der Erwerbseinkommen und der Steuereinnahmen. In diesem Szenario sinkt aber die Produktivität, so dass sich Unternehmensgewinne und Wirtschaftswachstum ungünstiger entwickeln als im Basisszenario. Eine generelle Erhöhung der Erwerbsquote der Senioren kann sich nachteilig auf den Bevölkerungsstand auswirken, weil dann bei unveränderter Nachfrage nach Arbeitskräften weniger Arbeitsmigranten nach NRW zuwandern werden.

Die Szenarien 3-6 zeigen die Effekte verschiedener Impulse zur Anregung des Konsums der Senioren auf. Gelingt es, durch Verbesserung des Angebots seniorenpezifischer Produkte und Dienstleistungen

- Neukunden von außerhalb NRWs zu gewinnen und/oder
- die Konsumausgaben der NRW-Senioren stärker auf regionale Produkte zu fokussieren und/oder
- die Konsumfreudigkeit der Senioren generell zu erhöhen,

sind nennenswerte Steigerungen des BIP, der Beschäftigung und der Einkommen zu erzielen. Besonders erfolgreich wären Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft, wenn sie zusätzlich die Attraktivität NRWs als Wohnort der Senioren steigern könnten. Sollte sich die Seniorenwirtschaft in NRW erfolgreicher als an anderen Standorten positionieren ist davon auszugehen, dass dadurch – vorausgesetzt die Wohnungswirtschaft stellt sich auf die speziellen Ansprüche der Senioren ein - auch mehr Senioren als bisher eine Vorliebe für NRW als Wohnstandort entwickeln werden. Die in Szenario 7 simulierten Demographieeffekte verdeutlichen, dass es aus NRW-Sicht trotz der absehbaren demographischen Alterungsprozesse zu den Zielen der Standortpolitik gehören muss, der Abwanderung von Senioren entgegen zu wirken.

Freilich wird eine seniorenorientierte Standortprofilierung nur gelingen können, wenn man die in den verschiedenen Szenarien simulierten Handlungsoptionen im Rahmen einer umfassenden Strategie zur Förderung der Seniorenwirtschaft miteinander verknüpft. Die Landesinitiative kann dazu beitragen, dass sich NRW-Unternehmen z.B. durch Kooperation und Erfahrungsaustausch seniorenspezifische Wettbewerbsvorteile verschaffen. Wohlgedenkt können die in dieser Untersuchung simulierten Effekte nur erzielt werden, wenn die hier angenommenen Einkommens- und Ausgabensteigerungen und Änderungen des Wanderungsverhaltens der Senioren eintreten. Damit es zu solch positiven Wirkungen kommt, sind in den nächsten Jahren weiterhin gezielte Impulse erforderlich, um seniorenwirtschaftliche Innovationen zu fördern und das Bewusstsein für die „Wirtschaftskraft Alter“ zu stärken.

Die durch die gesellschaftliche Alterung und mangelnde Nutzung der Wirtschaftskraft älterer Menschen verursachten Probleme betreffen auch die Bundesrepublik insgesamt und viele andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus der Sicht vieler Wirtschaftszweige wird es kaum sinnvoll erscheinen, sich bei der Entwicklung neuer seniorenspezifischer Angebote auf eine Region zu konzentrieren. Strategien zur Förderung der Seniorenwirtschaft könnten sicher besonders wirkungsvoll auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Entsprechende Initiativen der EU-Kommission wären daher sehr wünschenswert.

Tabelle 2
Regionalwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen alternativer Handlungsoptionen zur Förderung der Seniorenwirtschaft in NRW im Jahr 2010
 Simulationsergebnisse im Überblick

	Effekte in 2010							Kumulativ- szenario
	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4	Szenario 5	Szenario 6	Szenario 7	
Output REMI								
Löhne und Gehälter (Mio €)*	3.012	1.465	559	186	817	205	1.059	4.779
zu versteuernde Löhne und Gehälter (Mio €)*	2.248	1.465	559	186	817	205	1.059	4.299
Bevölkerung	639	-8.471	795	269	1.109	279	71.130	73.110
Umsatz (Mio €)*	-7.166	1.468	1.519	295	3.099	775	3.369	-1.171
Erwerbstätige	50.350	12.070	16.220	5.458	22.180	5.547	27.990	106.400
BIP (Mio €)*	-4.099	749	865	202	1.776	445	1.917	-638
Unternehmensgewinne (Mio €)*	-286,6	58,7	60,8	11,8	123,9	31,0	134,7	-46,8
Land NRW in Mio. €								
Einkommenssteuer	210,1	137,0	52,3	17,4	76,3	19,1	99,0	402,0
Körperschaftsteuer	-28,7	5,9	6,1	1,2	12,4	3,1	13,5	-4,7
Gewerbesteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Umsatzsteuer	0,3	-3,3	0,3	0,1	0,4	0,1	28,8	28,8
Gesamt	181,7	139,5	58,6	18,7	89,2	22,3	140,4	426,0
Kommunen NRW in Mio. €								
Einkommenssteuer	74,2	48,4	18,4	6,1	26,9	6,8	34,9	141,9
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbesteuer	-28,7	5,9	6,1	1,2	12,4	3,1	13,5	-4,7
Umsatzsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	45,5	54,2	24,5	7,3	39,3	9,8	48,4	137,2
Annahmen								
Durchschnittliche Einkommenssteuer	22%	42,5%	15,0%					Quelle: RWI
Durchschnittliche Körperschaftsteuer	20%	0,0%	0,0%					Quelle: RWI
Durchschnittliche Gewerbesteuer	10%	0,0%	100,0%					Quelle: RWI
Durchschnittliche Umsatzsteuer, pro Kopf in €	1063	37,0%	2,1%					Quelle: RWI
Durchschnittliche Umsatzrendite (vor Steuern)	4,00%							Quelle: IW Köln

*in Preisen von 2004

**unter der Annahme, dass die Steuersätze stabil bleiben und der Verteilungsschlüssel im vertikalen Finanzausgleich nicht geändert wird, in Preisen von 2004

Literatur

- Arnds, P. und H. Bonin (2003), Gesamtwirtschaftliche Folgen demographischer Alterungsprozesse. In: Herfurth, M. et al. (Hrsg.) (2003), Arbeit in einer alternden Gesellschaft: 131–177. Opladen: Leske u. Budrich.
- Barkhold, B., F. Frerichs, J. Hilbert, G. Naegele und K. Scharfenroth (Bearb.) (1999), Memorandum „Wirtschaftskraft Alter“. Dortmund und Gelsenkirchen: FFG u. IAT.
- Budde, R. (Bearb.) (2003), Regionalwirtschaftliche Auswirkungen des Zukunftsparks O.VISION in Oberhausen. Essen: RWI.
- Deutsche Bundesbank (1999): Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996. *Statistische Sonderveröffentlichungen* 5. Frankfurt.
- Deutsche Bundesbank (2003): Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen 1998 bis 2000. *Statistische Sonderveröffentlichungen* 6. Frankfurt.
- Eckey, H.H., K. Horn und P. Klemmer (1990), Abgrenzung von regionalen Diagnoseeinheiten für die Zwecke der regionalen Wirtschaftspolitik. *Beiträge zur Struktur- und Konjunkturforschung* 29. Bochum.
- Fujita, M., P. Krugman und A.J. Venables (1999), The spatial economy: cities regions, and international trade. Boston: MIT Press.
- Herfurth, M., M. Kohli und K.F. Zimmermann (Hrsg.) (2003), Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsbeteiligung Älterer. Sozialwissenschaften im Überblick. Opladen: Leske u. Budrich.
- MFJFG Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (2001), Dokumentation Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt in NRW. Düsseldorf.
- MGSFF Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2003a), Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Repräsentativumfrage. Landesinitiative Seniorenwirtschaft. Gelsenkirchen: IAT.
- MGSFF Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2003b), Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Ziele – Ergebnisse – Perspektiven. Bericht über die Landesinitiative NRW. Düsseldorf: MGSFF.
- Statistisches Bundesamt (2004), Gesundheit. Krankheitskosten 2002. Wiesbaden.